Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 145. Donnerstag, den 25. Juni 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Profit über Menschenleben.

In den letzten Verhandlungen des Reichstages und besonders der Budgetkommission spielte ein Artikel des Missionspaters van der Burgt eine große Rolle, den dieser im Dezemberheft 1913 der „Kolonialen Rundschau“ über die Bevölkerungsverhältnisse der Landschaften Unjamwesi und Ussumbwa in Deutsch-Ostafrika veröffentlicht hat. Van der Burgt wies darin auf Grund langjähriger aufmerksamer Beobachtung jener Völkerschaften zahlenmäßig nach, daß die Unjamwesi-Neger, denen man noch vor wenigen Jahren infolge ihrer kräftigen Konstitution, ihrer Arbeitsfreudigkeit und Tüchtigkeit eine große Zukunft prophezeite, heute im unaufhaltsamen Niedergang begriffen sind: „. . . Jetzt aber ist es eine schreckliche Tatsache, daß die Bevölkerung der Wanjamwesi-Länder enorm zurückgeht und einfach in Bälde verschwinden wird, wenn es so weiter geht und die Maßregeln zu ihrem Schutze nur auf dem Papier stehen, anstatt ausgeführt zu werden“. Nach des Missionars eigenen Worten ist „der Tatbestand schrecklich, ja fast verzweifelt“, überall begegnet der Beobachter verlassenen oder halböden, zerstörten Dörfern und brachliegenden Feldern. Das macht: die kräftige, arbeitsfähige männliche Bevölkerung ist, durch Anwerber fortgelockt, zu Tausenden nach den Plantagendistrikten an der Küste gezogen, und zurückgeblieben sind nur die alten Leute neben den Frauen und Kindern. Allein in den fünf Ortschaften um die Mission Friedberg herum, in der Pater van der Burgt wirkt, ging die Bevölkerung von 1909 auf 1910 also in einem einzigen Jahre, von 2634 auf 1628 zurück!

Die Ursachen dieses rapiden Bevölkerungsrückganges, der fast einem Aussterben gleichkommt, sieht der Berichterstatter, wie schon bemerkt, vor allem in der Anwerbung der arbeitsfähigen Jünglinge und Männer für die Europäer-Plantagen. Damit aber hängen eine Reihe von schweren sittlichen Schäden zusammen: erzwungene Ehelosigkeit und Prostitution, erschreckendes Ueberhandnehmen der Syphilis und künstliche Fruchtabtreibung, Ausbreitung des Islams mit seiner Duldung der Polygamie usw., was wiederum auf die Geburtenhäufigkeit ungünstig einwirkt. Dazu kommen dann noch die traurigen sanitären Verhältnisse, unter denen die Eingeborenen leben, und ihre unzureichende und unzweckmäßige Ernährung, so daß die Säuglings- und Kindersterblichkeit Prozentzahlen erreicht, die doppelt, ja drei- und vierfach so hoch sind, wie in den europäischen Ländern. Das Endergebnis ist die fast völlige Dezimierung der Rasse . . . . . .

Vor diesen furchtbaren Anklagen konnten auch die rassenstolzen bürgerlichen Kolonialpolitiker nicht völlig schweigen. Sehr begreiflich: mit der Arbeitskraft der Eingeborenen steht und fällt die ganze Kolonialherrlichkeit in den Tropen! Es ist bekannt, daß von Budgetkommission und Reichstag mehrere Anträge angenommen wurden, die gewisse Maßregeln von der Regierung fordern, um der sinnlosen Verwüstung des kostbarsten Gutes der Kolonien zu steuern. Zu dem einzigen, wirklich erfolgversprechenden Vorgehen, wie es die sozialdemokratische Fraktion gefordert hatte, nämlich dem Verbot der Neuanlegung von Plantagen in den tropischen Kolonien, konnten sich die humanen Kolonialpolitiker des Bürgertums nicht aufschwingen. Gleichwohl zeitigten aber auch schon diese harmlosen Palliativmittelchen den schäumenden Zorn der Ausbeuter in den „Schutzgebieten“, wie ihrer heimischen Protektoren, und wer in den letzten Wochen Gelegenheit hatte, die Pflanzerorgane von Ost- und Westafrika zu verfolgen, der konnte fast in jeder Nummer auf wütende und polternde Glossen über den humanitätsduseligen und verständnislosen Reichstag stoßen. Die einzigen, die allenfalls noch Gnade vor den Augen der kolonialen Gewaltmenschen finden, sind die Leute um Arendt und Westarp, die allerdings das Lob der afrikanischen Kulturpioniere auch voll und ganz verdient haben.

Wer die erschütternden Darlegungen des Paters van der Burgt seinerzeit auf sich wirken ließ, konnte vielleicht noch des Glaubens leben, daß sie nur auf die Verhältnisse eines kleinen Gebietsteiles zuträfen. Bezogen sie sich doch in erster Linie nur auf den Norden und Nordwesten Unjamwesis, der nur einen beschränkten Teil Deutsch-Ostafrikas ausmacht. Leider ist dem ganz und gar nicht so, wie durch andere Publikationen ähnlicher Art bewiesen wird. So veröffentlicht der evangelische Missionssuperintendent Löbner aus Tabora in den letzten Nummern der „Kolonialen Rundschau“ eine Betrachtung: „Zur Entvölkerungsfrage Unjamwesis“, die die Beobachtungen des katholischen Paters voll und ganz bestätigt und ihre Berechtigung auch für den Süden der Landschaft Unjamwesi nachweist. Es heißt da:

„Alles, was Herr Missionar van der Burgt gesagt hat, ist erschütternd wahr, und ich muß leider hinzufügen: In Süd-Unyamwesi, wo wir Missionare der Evangelischen Brüdergemeinde fünf Stationen unter den Wanyamwezi haben, ist es genau so. Für sein offenes Wort, durch das er die Sache zur Sprache gebracht hat, gebührt ihm unser aufrichtigster Dank. Ich persönlich war acht Jahre im Lande auf verschiedenen Stationen und habe auf mehreren Reisen durch das Land wie in den Bahnlägern Gelegenheit genug gehabt, die Verhältnisse kennen zu lernen. In diesem kurzen Zeitraum hat die Bevölkerung wenigstens um die Hälfte abgenommen. Wo früher blühende Ortschaften standen, trifft man jetzt oft nur kümmerliche Reste, und die Bewohner sind meist nur Greise, Weiber und Kinder, die letzteren leider nur in verhältnismäßig geringer Zahl.

Man sollte denken, daß die frühere Zeit mit den ewigen Kriegen, Raub- und Mordzügen der eingeborenen Sultane — man denke an Mirambo, Kijungi in Unyanyembe, Nungu in Kiwere und mehr — mit den Sklavenjagden der Araber, ferner mit dem vollständigen Mangel an Hilfe gegen Hungersnot, Epidemien usw. für die Vermehrung des Volkes sehr hinderlich gewesen sei. Dies ist auch richtig. Es könnten viel mehr Menschen gelebt haben. Wie viele sind nicht als kleine Kinder gestorben, weil eine vernünftige Kinderpflege fehlte, und Tausende sind hingeschlachtet und entführt worden. Jedoch sammelten sich gerade um die kräftigsten Herrscher viele Leute, um Schutz zu suchen, wie auch viele Sklaven mit ihren Familien frisches Blut ins Land brachten. Kurz, das Land war damals verhältnismäßig gut bevölkert, besonders galt dies von Urambo, Unyanyembe und Kiwere, soweit es sich um unsere Interessensphäre handelt. Nach den Berichten unserer Vorgänger, der Missionare der Londoner Missionsgesellschaft, wohnten wohl in Urambo und Umgegend 75 bis 100000 Leute, jetzt ist dasselbe Land mit 7000 Einwohnern sehr hoch geschätzt. Freilich hatte die Abnahme hier auch andere Ursachen. In unserem ganzen Gebiet, Tabora mit nächster Umgegend ausgenommen, rechnen wir jetzt höchstens 40000 Leute, während vor 6 bis 7 Jahren nach einer freilich oberflächlichen Schätzung die Zahl doppelt so groß war.

Die Araber haben gewiß keinen guten Einfluß auf Unyamwesi gehabt . . . . Aber auf die Bevölkerungsabnahme hat der arabisch-mohammedanische Einschlag in der Zeit vor dem Bahnbau keine größere Einwirkung gehabt. Erst durch die Europäer ist dies gekommen.“

Der Verfasser erörtert dann die Fehler, die nach seiner Ansicht von der Regierung vor der Dernburg-Rechenburgschen Aera gemacht wurden: die künstliche Hochzüchtung der Plantagen an der Küste, die bedenkenlose Zwangsanwerbung der Eingeborenen im Interesse jener Plantagenbesitzer usw., um schließlich fortzufahren:

„Besser wär es, wenn die Regierung offen erklärte: Die Bevölkerung geht zurück, und wenn wir nichts dagegen tun, geht das Land zugrunde.

Der Hauptgrund ist die „Sachsengängerei“ der Männer und Jünglinge, mit dieser hängen denn auch die anderen Uebel zusammen, wie die umsichgreifende Unsittlichkeit, die Polygamie, die Geschlechtskrankheiten usw. Denn wenn alles dies auch schon früher vorhanden war, verbreitet es sich jetzt sehr rapide durch das Auflösen des Familienlebens. Hier müßte zuerst eingesetzt werden. Das Anwerben muß verboten und die Leute zur Seßhaftigkeit ermuntert werden.“

Es ist begreiflich, daß den weißen Ausbeutern dieses kategorische Verlangen ganz und gar nicht in den Kram paßt, und ihre Begeisterung für die Verbreiter der „christlichen Heilslehre“ unter den Neegrn wird dadurch sicher nicht gesteigert werden. Zum Teufel auch mit aller Religion, wenn sie nur dazu führt, die einheimischen Arbeitstiere den Segnungen der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen! Es ist deshalb auch alles weniger als wahrscheinlich, daß sie dem Gewährsmann der „Kolonialen Rundschau“ Dank wissen, wenn er seinen Artikel mit dem Mahnruf schließt: „Das Volk als solches ist noch zu retten, wenn alle Kräfte sich ins Zeug legen. Es ist noch nicht zu spät, wenn auch die höchste Zeit.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Minister, der nicht für Ausnahmegesetze schwärmt, hat zu gehen.

Zu der Hundstagsgeschichte vom preußischen Justizminister Beseler, der unbrauchbar sein soll, weil er die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht wegen Verweigerung des Kaiserhochs mit Majestätsbeleidigungsklagen packen wollte, bemerkt die „Post“:

„Nach allem, was vorgefallen ist, könnte es nicht wundernehmen, wenn die Stellung des Justizministers erschüttert wäre. Sein Verhalten gegenüber der sozialdemokratischen Kundgebung beim Kaiserhoch hat in der Tat die weitesten Kreise befremdet. Wenn er erklärte, daß nach den bestehenden Gesetzen ein strafrechtliches Einschreiten gegen die Majestätsbeleidiger keinen Erfolg verspräche, so wird man ihm daraus keinen Vorwurf machen können. Daß er aber kein Wort fand, um eine Ergänzung der Gesetzgebung und damit die Beseitigung eines unhaltbaren Zustandes zu befürworten, hat mit Recht Verwunderung erregt.“

In der Tat unerhört! Wenn die „weitesten Kreise“ um das edle Scharfmacherpapier die Macht hätten, Minister zu ernennen, dann wäre Beseler längst durch den Reichsverbandsgeneral Liebert ersetzt, der ohnedies jetzt so wenig zu tun hat. Aber leider — —

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Mittwoch abend meldet: „Das Hirschsche Telegraphenbureau will Gerüchte über eine angebliche Erschütterung der Stellung des preußischen Justizministers als nach seinen Informationen nicht ganz grundlos bezeichnen können. Wir sind ermächtigt, festzustellen, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren.“

Die „Germania“ bemerkt zu diesem Gerücht: „Es mag immerhin Politiker geben, die diese Stellungnahme des Justizministers Dr. Beseler nicht billigen, jeder Jurist aber, und jeder ruhig denkende Politiker wird sie als sachverständig finden. Oder glaubt man etwa, es würde sich ein anderer preußischer Justizminister als Nachfolger Beselers finden, der eine andere Stellung einnehmen könnte? Wir halten das für ausgeschlossen. Die „politischen Kreise“, welche die Stellung des Justizministers Dr. Beseler für erschüttert halten, oder selbst erschüttern möchten, werden also auch mit dem Sturze desselben ein strafrechtliches Einschreiten gegen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nicht erreichen. Sie schaden aber leider dem Vertrauen des Volkes in die Unabhängigkeit der Rechtspflege, die unter allen Umständen aufrechterhalten werden muß, wenn sie die Möglichkeit politischer Einflüsse auf die Rechtspflege, zumal wenn diese von einer dem Justizminister übergeordneten Stelle ausgeht, auch nur von weitem andeuten. Man könnte sich kaum einen größeren politischen Fehler denken, als eine Entlassung des Justizministers Dr. Beseler gerade aus diesem Anlaß.“

Die neueste Berliner Landesverratsaffäre

zieht weitere Kreise. Neben dem am Dienstag verhafteten Feldwebel Pohl von der 1. Ingenieurinspektion in Berlin, ist nach den vorliegenden Meldungen am Mittwoch in Dresden ein Mann namens Dr. Blumenthal wegen vollendeten Landesverrats verhaftet worden. Der 1. Ingenieurinspektion unterstehen die 1. und 2. Festungsinspektion, von denen die erste in Königsberg, die zweite in Kiel stationiert ist. Der 1. Festungsinspektion unterstehen die Festungen Boyen, Danzig, Königsberg und Pillau, der zweiten die Küstenbefestigungen von Swinemünde bis Borkum. Da Pläne östlicher Festungen ausgeliefert sein sollen, kann es sich nur um Boyen, Danzig, Königsberg oder Pillau handeln. Weitere Verhaftungen sollen in dieser Angelegenheit folgen.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist dort die Polizei einer größeren Landesverratsaffäre auf die Spur gekommen. Wertvolles Material soll an eine fremde Macht geliefert worden sein. Drei Personen wurden bereits verhaftet, weitere Verhaftungen stehen bevor.

Der wachsende Reichtum der Agrarier.

Die Güterpreise im Osten sind seit Einführung der höheren Zölle unaufhörlich gestiegen und sie steigen noch immer weiter. Hunderttausende werden oft auf einen Schlag verdient. Am höchsten sind die Gewinne in der Ostmark, wo die Ansiedelungskommission die „Germanisierung“ betreibt. Folgende Beispiele mögen zeigen, wie den Agrariern das Gold mühelos in den Schoß fällt:

Das Rittergut Bohlschau (Kreis Neustadt) wurde von der Ansiedelungskommission für 500000 Mk. gekauft. Vor 18 Jahren kostete das Gut nur 165000 Mark.

Das Rittergut Exau (Kreis Karthaus) wurde für 238000 Mk. verkauft; vor zwei Jahren kostete das Gut 200000 Mk.

Das Gut Augustthal bei Allenstein wurde für 183000 Mark verkauft. Vor vier Jahren kostete es 117000 Mark und in den letzten 10 Jahren ist der Preis der Besitzung um das Doppelte gestiegen!!

Das Rittergut Schildberg wurde für 610000 Mk. verkauft. Im Jahre 1912 kostete es 435000 Mk. Innerhalb knapp zweier Jahre beträgt die Steigerung 175000 Mk.

Das Rittergut Stendsitz (Kreis Karthaus) erwarb vor drei Jahren ein Dr. Gorski, der Leiter der Immobilienverkehrsbank Berlin-Steglitz zum Preise von 235000 Mark. Er veräußerte 200 Morgen Land für 40000

Mark und den weiteren Teil des Gutes verkaufte er jetzt für 285000 Mk. an die Ansiedelungskommission. Das ist innerhalb dreier Jahre ein Gewinn von 90000 Mk.

Das Gut Hollstädt bei Kreuzburg brachte in der Zwangsversteigerung 275000 Mk., 70000 Mk. mehr als der letzte Besitzer gezahlt hatte.

Die Besitzung des Landwirts Schurmann in Stabigotten im Allensteiner Kreise wurde kürzlich in vier Wochen viermal verkauft. Und jedesmal stieg der Kaufpreis.

Die Besitzung des Gutsbesitzers Dyck in Willenberg (Kreis Stuhm) wurde für 335000 Mk. verkauft. Vor fünf Jahren wurden 230000 Mk. gezahlt.

Die Besitzung Greifeldt in Russenau (Kreis Marienwerder) wurde für 113000 Mk. verkauft. Vor zweieinhalb Jahren wurden 84000 Mk. bezahlt.

Die Besitzung des Landwirts Schmidt in Grünhaus bei Gumbinnen wurde für 150000 Mk. verkauft. Vor vier Jahren kostete sie 120000 Mk.

Die Besitzung des Landwirts Bertel Klein-Sanskau (Kreis Schwetz) wurde für 236000 Mk. verkauft. Vor vier Jahren kostete sie 157000 Mk.

Das Rittergut Klein-Kelpin (Danziger Höhe) wurde für 460000 Mk. verkauft. Vor zwei Jahren kostete es 415000 Mk.

Das Gut Paulshof (Kreis Pr. Stargard) kaufte Gutsbesitzer Teschner für 230000 Mk.; er verkaufte es an Zoch in Pommern für 350000 Mk. und dieser veräußerte es für 450000 Mk. Der Preis ist also um das Doppelte gestiegen.

Sehr bald werden die neuen Besitzer über ihre „Notlage" klagen und natürlich höhere Zölle fordern. Und wenn ihren Forderungen entsprochen wird, spielt sich auf dem Gütermarkt dasselbe Bild ab, und die Erfolge sind für die Agrarier reiche Gewinne, für die Konsumenten teurere Lebensmittel.

Der Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats wird am 29. und 30. Juni in Koblenz tagen. Er wird sich mit den Handelsverträgen, mit der Zuziehung von Arbeitern zu den landwirtschaftlichen Körperschaften, mit dem Grundbuchrecht, mit den militärischen Remontemärkten und mit dem Viehhandel beschäftigen.

Die Vorstände der preußischen Landwirtschaftskammern halten vom 26.—28. Juni in Hechingen ihre fünfundzwanzigste Konferenz ab. Es wird ein Referat gehalten werden über die Einrichtung wirtschaftlicher Beiräte beim Kriegsministerium und bei den einzelnen Armeekorps.

Zum Ordenshandel.

Zur Bekämpfung des Ordensschachers hat die Handelskammer Chemnitz an das sächsische Ministerium des Innern ein Schreiben gerichtet, worin sie einen neuen Fall zur Kenntnis bringt, in dem ein Graf Schimmelmann, Rittmeister a. D., aus der Düsseldorferstraße 23 in Berlin-Wilmersdorf einem Industriellen einen Balkanorden in Aussicht stellt, wenn er für das Rote Kreuz jenes Staates mehr als fünftausend Mark zeichnet. Die Handelskammer schreibt weiter:

„Derartige Ansinnen werden zwar kaum jemals in einem unserer bezirkseingesessenen Industriellen und Kaufleute, an die man sie zu richten wagt, Gegenliebe finden, schließen aber eine solche Herabwürdigung und Beleidigung des ganzen Fabrikanten- und Kaufmannsstandes ein, daß sie unseres Erachtens nicht nur Preisgabe in der Oeffentlichkeit durch die Presse verdienen, sondern auch ein Einschreiten der dazu berufenen Instanzen angezeigt erscheinen lassen."

An die Bekämpfung des Ordensschwindels hätte ohne die Liebknechtschen Enthüllungen in bürgerlichen Kreisen sicherlich niemand gedacht. Man hätte weiter so getan, als wüßte man von nichts.

Weicht der Militarismus zurück?

Unserem Bayreuther Parteiblatt entnehmen wir die Mitteilung, daß das Strafverfahren gegen den Genossen Hacke, der die Nummer der „Fränkischen Volkstribüne" mit dem Artikel „Wie die Kosaken in den Straßen Petersburgs" verantwortlich zeichnete, eingestellt worden ist. Es handelt sich um den Artikel, den Genosse Puchta ursprünglich schon am Freitag vor dem Schwurgericht verantworten sollte.

Der Gemeinderat als Verwaltungsausschuß.

Zur Verwaltung der Stadt Mülhausen i. Els. bis zur Neuwahl von vier Gemeinderatsmitgliedern in dem einen besonderen Wahlkreis bildenden, seit dem 1. Juni d. Js. eingemeindeten Vororte Dornach ist durch Beschluß des Bezirkspräsidenten für Oberelsaß ein Ausschuß gebildet worden, zu dessen Mitgliedern die in den anderen fünf städtischen Wahlkreisen gewählten 32 Gemeinderatsmitglieder ernannt sind. Es sind 14 Sozialdemokraten und 18 Bürgerliche.

Die Neuwahl in Dornach ist auf Sonntag, den 2. August, angesetzt. Bleiben dort, wie angenommen werden darf, die auf Einspruch des Kriegervereinsvorsitzenden in Dornach ist auf Sonntag, den 2. August, angesetzt. Bleiben dort, wie angenommen werden darf, die auf Einspruch des Kriegervereinsvorsitzenden in Dornach vom Bezirksrat für ungültig erklärten vier sozialdemokratischen Mandate der Partei erhalten, so stehen sich in dem dann endlich in Funktion tretenden Gemeinderat die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten in gleicher Stärke gegenüber.

Der Herzog von Sachsen-Meiningen

Friedrich II. ist heute morgen 2½ Uhr in Bad Wildungen im Alter von 88 Jahren gestorben. Als Potentat eines deutschen Duodezstaates hatte der Verstorbene politisch keine größere Bedeutung.

Eine Postdebatte im bayerischen Landtage.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde am Mittwoch über das bayerische Postreservat debattiert. Die Mehrheit der Kammer ist gegen eine Aufhebung dieses Reservatrechtes, da die bayerische Posteinrichtung besser und den bayerischen Verhältnissen angepaßter sei als die des Reiches. Die Liberalen sind in dieser Frage geteilter Meinung.

Frankreich.

Spuren des deutschen Titels- und Ordensschachers in Frankreich. Auf Ersuchen der Berliner Staatsanwaltschaft ist in Toulouse bei einem gewissen Dr. Peres gehaussucht worden. Zwei Kisten mit Dokumenten wurden beschlagnahmt. Peres gab zu, eine „Internationale Akademie der Künste und Wissenschaften zu Toulouse", die jetzt aufgelöst sei, gegründet und einem Deutschen, namens Bobschiner, Diplome und Auszeichnungen dieser Akademie geliefert zu haben, er stellte aber in Abrede, Bobschiner aufgefordert zu haben, ihm deutsche Diplome, insbesondere solche der Universität Rostock, zu verschaffen. Die Archive seiner Akademie seien im Jahre 1912 beschlagnahmt und nach Brüssel wegen eines dort schwebenden Verfahrens gegen den Titelschacher gebracht worden.

Ein Postbeamtenstreik in Paris. Unter den Pariser Postbeamten herrschte schon seit einiger Zeit Erregung, da der Senat die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für Briefträger ablehnte. Diese veranstalteten daher am 23. Juni mehrere Kundgebungen, die ziemlich leidenschaftlich wurden. Sie versammelten sich mehrere hundert Mann stark um 6½ Uhr im Hauptpostamt, wo sie den Abgang der Postwagen verhinderten. Etwa 600 Briefträger verbarrikadierten sich dann im Innenhof des Hauptpostamtes und ließen sich durch das Gitter hindurch Lebensmittel bringen. Die Post nach der Provinz wie nach dem Auslande konnte nicht abgehen. Um 10½ Uhr abends erschien Postminister Thomsen, der, als er sprechen wollte, durch Lärmen und Pfiffe unterbrochen wurde. Als endlich Ruhe eintrat, setzte der Minister den Briefträgern auseinander, daß sie keinen Grund hätten, den Postdienst zu stören, da das Parlament zum großen Teil die Forderungen bereits bewilligte. Für die Bewilligung der anderen Forderungen verspreche er, sich einzusetzen. Da der Lärm andauerte, zog sich der Minister zurück. Mittwoch nachmittag versicherte ein höherer Postbeamter den Briefträgern, daß der Minister Abgesandte empfangen werde, falls sie den Briefsortierungssaal verließen. Die Briefträger wiesen dies mit der Begründung zurück, daß man dann Soldaten an ihre Stelle setzen werde. Der Beamte versicherte, daß dies nicht geschehen würde, und fügte hinzu, daß der Minister die Abordnung empfangen werde, wenn die Unterbeamten die Arbeit unverzüglich wieder aufnehmen würden. Die Briefträger haben nach der Besprechung die Arbeit wieder aufgenommen. Postminister Thomson empfing gestern nachmittag Vertreter der Briefträger. Diese erklärten nach der Audienz, der Minister habe namens der Regierung die Verpflichtung übernommen, die Beschwerden der Briefträger dem Senat bei der zweiten Lesung des Etats zu unterbreiten.

Serbien.

Auflösung der Skupschtina. Die Skupschtina ist Mittwoch aufgelöst worden. Ein Ukas setzt die Wahlen für den 1. August und den Zusammentritt der Skupschtina für den 10. September an.

Die Regentschaft hat König Peter seinem Sohn Alexander während seines Kuraufenthalts in Vraniska Banja übertragen. Das Reutersche Bureau machte daraus die Meldung, Peter habe zugunsten seines Sprößlings abgedankt. Vorläufig hat er anscheinend dazu noch keine Neigung.

Türkei.

Die wirtschaftliche Krisis in der Türkei. Die Türkei steht in einer schweren politischen Krisis. Hand in Hand mit dieser politischen Krisis geht besonders in Konstantinopel eine furchtbare wirtschaftliche Krisis. Die Unsicherheit, welche durch die politische Lage hervorgerufen ist, legt sich schwer auf den ganzen Geschäftsverkehr. Die wirtschaftliche Stagnation ist vollkommen. Die Lebensmittel werden von Tag zu Tag teurer, während die Löhne stationär bleiben, vielfach sogar zurückgehen. Die Zahl der Arbeitslosen ist ungewöhnlich groß, das Elend daher ungeheuer. Die Regierung und auch die Stadtverwaltung greifen helfend ein. Da aber die Ursachen der Krisis bestehen bleiben, so kann das alles nichts nützen. Je mehr der politische Horizont verdunkelt bleibt, desto schlimmer wird die Krisis und je länger wird der wirtschaftliche Stillstand mit seinem Gefolge von Elend bestehen bleiben. Die wirtschaftliche Lage ist gegenwärtig in der Türkei schlimmer als während der letzten Kriegsperioden.

Albanien.

Die Lage wird immer verwickelter. Die Nachrichten darüber sind einander widersprechend, nur lassen sie erkennen, daß die Gegner des Mbret immer weiter an Boden gewinnen. Man ist damit beschäftigt, Durazzo zu befestigen, um einem Angriff begegnen zu können. Folgende bemerkenswerte Meldungen liegen vor:

Rom, 24. Juni. Meldung der „Agenzia Stefani". Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß Prenk Bibdoda, der Anführer der Regierungstruppen, von den Aufständischen geschlagen und gefangen genommen, auf sein Ehrenwort aber wieder freigelassen worden sei.

Durazzo, 23. Juni, abends. Weitere Meldungen bestätigen die Einnahme von Elbassan durch die Aufständischen. Außer der Mannschaft der Regierung sollen auch die beiden dort befindlichen holländischen Offiziere, Major Moelsen und Hauptmann Reiners, gefangen genommen worden sein. Die von Süden vorrückenden Regierungstruppen unter Nureddin Bei wurden abermals von den Aufständischen geschlagen und nach Berat zurückgeworfen. Zwei vorher von den Truppen unbrauchbar gemachte Geschütze sollen in die Hände der Aufständischen gefallen sein.

Wien, 24. Juni. Die „Albanische Korrespondenz" meldet aus Valona: Die Aufständischen haben Berat eingenommen. — Die „Albanische Korrespondenz" meldet aus Valona: Der Führer der fürstentreuen Freiwilligen in Valona meldet, daß die Stadt gegen die Insurgenten nicht mehr zu halten sei.

Durazzo, 24. Juni. Heute mittag läuft der den Aufständischen von der albanischen Regierung gewährte Waffenstillstand ab. Sämtliche Minister begeben sich zur Brücke bei Schiak, um mit den Aufständischen zu verhandeln.

Rom, 24. Juni. Nach hier eingetroffenen Nachrichten sind die Verhandlungen zwischen der albanischen Regierung und den Aufständischen gescheitert, da nur ein kleiner Teil der Rebellen die Bedingungen der Regierung annimmt, nämlich Anerkennung des Fürsten und der albanischen Flagge, dagegen verweigern sie die Auslieferung der Führer und die Abgabe der Gewehre. Der Waffenstillstand läuft heute ab, so daß morgen mit einem entscheidenden Kampf gerechnet wird.

Marokko.

Die Spanier in Marokko. Nach einer amtlichen Meldung aus Melilla hatten die Spanier am Dienstag bei dem Kampfe bei der Besetzung der neuen Stellungen an Verlusten 6 Eingeborene tot, ein Leutnant und 5 spanische und 21 eingeborene Soldaten verwundet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 24. Juni.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortete in seiner gestrigen Sitzung folgende Anträge des Senates: Austausch von Grundflächen in Travemünde. Einrichtung eines Laboratoriums für die bakteriologischen Fleischuntersuchungen (Kosten 600 Mk.) Niederlegung des Schornsteins des ehemaligen Elektrizitätswerkes der Straßenbahn in der Braunstraße (1500 Mk.). Herstellung von Gartenanlagen an der Außenwakenitz zwischen Percevalstraße und dem Dükerkanal (5950 Mk.). Umwandlung der Stelle des zweiten Assistenzarztes der Heilanstalt Strecknitz in eine feste Stelle mit Pensionsberechtigung (Gehalt 2600—3500 Mk. mit freier Station). An eine fünfgliedrige Kommission wurde der Senatsantrag auf Revision der Stempelordnung verwiesen.

Ein Schütze und ein Held. Es ist noch gar nicht lange her, da gelangte der Name des Bürgermeisters Gleiniger des benachbarten Städtchens Schwartau zu ruhmvoller Erwähnung im deutschen Blätterwald. Mit großer Geistesgegenwart und der Treffsicherheit eines Wilhelm Tell hatte er in Schwartau einen schlimmen Vogel erlegt, der für die Ruhe und das Wohl der Einwohnerschaft höchst gefährlich hätte werden können. Zwar stellte sich nachträglich heraus, daß der Vogel, welcher die Jugend des lieblichen Ortes rebellisch gemacht und dem Bürgermeister die Flinte in die Hand drückte nur ein zahmer Fasan war, der noch niemand irgend etwas zuleide getan hatte, aber die kühne Tat war doch immerhin allen Ruhmes wert. Das wollte nun zunächst das Schöffengericht in Schwartau allerdings gar nicht einsehen, sondern es erkannte gegen Gleiniger wegen seines Meisterschusses, den es für Jagdfrevel erachtete, auf 20 Mk. Geldstrafe sowie Einziehung des Schießprügels. Aber es gibt ja bekanntlich noch Richter in Lübeck, und diese kamen zu der Ansicht, daß der Tod des zahmen Fasans eine Staatsnotwendigkeit war, weshalb der Bürgermeister von Schuld und Strafe freigesprochen wurde. Das erregte bei allen braven Bürgern hohe Befriedigung und nur einige vaterlandslose Nörgler hatten an dem salomonischen Spruch etwas auszusetzen, weil sie nicht erkennen wollten, daß ein Bürgermeister, also die hohe Obrigkeit, immer das Staatsinteresse im Auge hat, wenn er auf einen zahmen Vogel schießt. Profane Jagdgelüste sind da doch ganz ausgeschlossen.

Nachdem Herr Gleiniger so die Ordnung behütet, den Unruhestifter beseitigt und seinen Namen berühmt gemacht hatte, sah er sich nach neuen Gelegenheiten um, sich in geeigneter Weise aufs neue verdient zu machen. Diese ersehnte Gelegenheit bot sich ihm am letzten Sonntag bei der Bismarckgedenkfeier, welche die „treudeutschen Männer und Frauen" auf dem Pariner Berg veranstaltet hatten. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und andere Vereine, die dieser den Kampf gegen den Umsturz mit den schneidigsten Waffen der Unwahrhaftigkeit führenden Organisation würdig sind, waren dort vertreten, um eine nach den famosen liberalen „Lübecker Nachrichten" herrliche Festrede des Schwartauer Ortsgewaltigen entgegenzunehmen, der sich u. a. wie folgt vernehmen ließ:

„An dem Marke unseres Volkes saugt die Partei, deren Aufgabe die Bekämpfung des Vaterlandes und des Heimatgefühls naturgemäß ist, weil sie selbst keine Grenzen kennt. Kein Vaterland und keine Heimat und unter das Banner der Internationale sammelt sie alle Unzufriedenen, die den Wert des Bismarckschen Werkes nicht kennen. Aber diese sich doch wenigstens offen zeigende Gefahr erhält einen Landesgenossen in dem Heere der Friedensapostel, die aus falschem Idealismus heraus das Vaterland dem Verderben aussetzen, und in der Zahl der Gleichgültigen und Lauen, die erst dann Hand an das Rettungswerk legen wollen, wenn das Gebäude in Flammen steht. Besteht denn aber zu solcher Sorglosigkeit in unserer Zeit ein Grund? Heute, wo der Ruf nach Wiedererlangung der verlorenen Provinzen jenseits der Vogesen lauter als sonst ertönt, wo sich der Franzmann mit beinahe übermenschlichen Opfern zum letzten Waffenkampfe rüstet? .... Auch ein langer Friede, so wohltätig er ist, bietet er für ein Volk große Gefahren. Werden die Segnungen des Friedens falsch ausgenützt, so bildet sich, durch die überreichliche Kost anstelle eines kräftigen und gesunden Organismus ein kranker und energieloser. Ein Volk, das nicht Gelegenheit findet, seine Kraft zu messen, läuft Gefahr zu verweichlichen, es bilden sich schwer Charaktere, schwer Führer. Darum gilt es, sich bei Zeiten zu stählen und vor allem unsere Wehrmacht zu Wasser und zu Lande so auszubauen, daß sie standhält, wenn es hart gegen hart geht."

Fürwahr, das sind „herrliche" Worte, die durchaus vor den versammelten Reichsverbändlern am Platze waren und ganz im Reichsverbandsstil gehalten sind. Die Friedensapostel sind es demnach, die das Vaterland ins Verderben bringen, während die treudeutschen Kriegshetzer den Organismus vor Krankheit und Energielosigkeit schützen! Heil Gleiniger! Der Mann scheint einer der wenigen geborenen Führer zu sein, die sich glücklicherweise trotz des langen Friedens entwickeln konnten. Zielbewußt wie den zahmen Fasan wird er auch den wilden Franzmann und die „vaterlandslose Partei" zur Strecke bringen. Vielleicht auch nicht! Immerhin wollen wir nicht unterlassen, die interessierten Kreise auf den Herrn aufmerksam zu machen, von dem nach seinen bisherigen Leistungen noch Großes erwartet werden darf.

b. **Schöffengericht** am 25. Juni. Der Preis des Kampfes, den zwei Knechte im Uebermut anstellten, sollte der eine mit seinem ganzen Vermögen büßen. Während der Balgerei verlor dieser sein Portemonnaie mit 41,30 Mk., das der beteiligte Arbeiter K. in seine Tasche gleiten ließ. Später wurde die falsche Fingerführung entdeckt, der Knecht bekam sein Geld zurück und der Dieb heute 2 Wochen Gefängnis. — Gut gefallen hat es den jugendlichen Arbeitern Ch. und F. Kr. in einem süßen Winkel der Untertrave. Weniger angenehm war ihr Besuch der Wirtschafterin, da die Leute nichts verzehrten, sich dafür aber umständlich gebärdeten. Ein Schutzmann sollte sie hinausführen, was erst nach vieler Mühe gelang. Draußen und auf dem Wege zur Wache titulierten sie den staatlichen Begleiter mit Schnöfel und frecher Mensch. Ch. Kr. leistete auch den bekannten Widerstand Betrunkener. Er wird zu 60 Mk., F. Kr. zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Der herzleidende Buchdrucker a. D. Seitdem der Schriftsetzer Sch. der schwarzen Kunst Valet gesagt hat, wandte auch der Altmeister Gutenberg, dessen Wirken erst am gestrigen Johannistag seine Jünger gedachten, die schützende Hand von ihm. Während jeder echte Künstler nur rechte Wege wandelt und sich profaner, den Stand herabsetzender Handlungen enthält, verlor Sch. sofort jede Verwandtschaft mit dem Erlernten und wandte sich noch brotloseren Künsten zu. Heute ist er Agent, morgen angelt er nachts in verbotenen Teichen und an kalten Wintertagen drückt er die Zuhörerbank des Gerichtssaales mit einer Ausdauer, die kein Buchdrucker im fröhlichsten Kreise aushält. Daneben reibt den jungen Mann ein gefährliches Herzleiden auf, das die sonderbare Wirkung hat, ihn bei Erregungszuständen sofort betrunken zu machen, ein Ueberbleibsel alter Zunftgesellen. Diese „Zuckungen" kosteten ihn vor anderthalb Jahren 100 Mark, da sie auch ein Kellner verspürte, der das Mädel Sch.s geküßt hatte und nun die Halde beim Burgtor hinunterplumpsen mußte. Ein halbes Dutzend Polizeistrafen wurde nebenbei beglichen. Neulich machte der ehemalige Kunstjünger einen doppelten Fischzug: er trank die Nacht durch, angelte im Krähenteich, wo er morgens ½3 Uhr erwischt wurde und darauf hin wieder die Herzzuckungen bekam, die ihn so herunterbrachten, daß den Passanten am Morgen die „Leiche" in der Gosse im Wege lag. Die Schutzleute bemühten sich um den Gefallenen, der wieder Zuckungen bekam, die ein Behelmter verspürte. Heute kommt der „Kriminalist" nicht mehr durch die Schlinge. Wegen Widerstand werden 14 Tage Gefängnis gutgeschrieben, die nebenlaufenden Uebertretungen kosten 15 Mark oder 3 Tage Haft. — Den Nutzen des Lehrlings verstand der Tischlermeister Re. herauszuschälen. Er beschäftigte den noch nicht 16jährigen Burschen mehrfach des Abends nach 8 Uhr und an Sonntagen recht vielfach den ganzen Morgen, angeblich, um den Lehrling auf Wunsch des Vaters vor Abwegen zu behüten. Sonntags und abends habe es sich meistens um Aufräumarbeiten gehandelt, die der Lehrling durch sein langsames und bummliges Arbeiten unnütz ausgedehnt habe. Beim Karstadtschen Bau, wo der Lehrling einmal bis ½1 Uhr nachts tätig gewesen sein soll, habe dieser nur zugeschaut. Der Anklagevertreter betonte, daß durch die nachgewiesenen Fälle der Lehrling ziemlich ausgebeutet wurde, beantragte aber trotzdem nur 60 Mk. Geldstrafe, die vom Gericht dann noch auf 40 Mk. ermäßigt wurde. — Bienenhonig! Für 60 Pfg. pro Pfund bot der Kaufmann Li. Bienenhonig an. Er kam an den Unrechten, dem er die zwei Qualitäten zu 95 und 60 Pfg. als garantiert reinen Binenhonig, bei größerer Abnahme zu billigerem Preise empfohlen haben sollte. Der Käufer ließ sein Glas untersuchen, und da stellte sich heraus, daß die billigere Sorte Zuckerzusatz enthielt. Der Kaufmann wurde wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz angezeigt und heute zu 40 Mk. Strafe verurteilt. Er behauptet, ausdrücklich gesagt zu haben, daß die billigere Sorte mit Zucker versetzt sei, übrigens müsse jeder wissen, daß man für 60 Pfg. keinen garantiert reinen Bienenhonig verlangen könne. Ein Imker, von deren Verein der Zeuge gesandt worden sei, müsse erst recht diese Kenntnis besitzen. Angeboten sei nur Bienenhonig. Das Gericht betonte im Urteil, daß in solchen Fällen unbedingt der Zusatz Mischhonig beigegeben werden müsse.

Die Hosen des Herrn von Bredow. „Ich tadle nicht die Köckeritze, die Lüderitze, keinen von ihnen allen, aber sie schlagen zu plump und grob darauf. Warum auf der Straße liegen und den ersten besten werfen. Das gibt immer Geschrei und böses Blut. Preßt doch ein wenig Euer Hirn, schlagt Eure alten Pergamente nach, Verträge, Urkunden, Schenkungen, Gewohnheiten. Darauf trotzt! Mit Art und Manier zugegriffen, daß sie Euch nicht Strauchdiebe und Wegelagerer schelten dürfen. Himmel und Hölle, hast du nicht ein Recht, oder wenn du nicht, hatten's deine Väter nicht? Haben sie's nicht einmal geübt, daß der Krämer dort seine Waren auslud, daß er in jenem Kruge trinken mußte, daß der Schiffer dort anlegte, daß die Wallfahrer da singen mußten? Strengtet ihr alle, strengtet ihr alle unseren Grips an, da kämen Rechte zusammen wie Sand am Meere, und zweifelt ihr daran, daß sie übertreten werden? Da zugeschlagen, da euch in Besitz gesetzt, und wenn die Kerle schreien, wir wieder! Wenn der ganze Adel zugleich den Mund auftäte, was müßte das für ein Geschrei geben. Wenn ihr klug wäret, nähmt ihr Pfaffen, Gelehrte dazu — es gilt überall solche Gesellen von der Feder, die euch für eine Bratwurst aus dem verräucherten Pergament beweisen, was ihr bewiesen haben wollt." Wenn man diese Worte liest, könnte man meinen, sie stammen aus dem Munde eines der jetzt noch lebenden Edelsten der Nation, denn genau nach dem angegebenen Rezept wird ja auch heute nicht allzu selten verfahren. Die Worte stammen aber aus dem bekannten Roman „Die Hosen des Herrn von Bredow", in dem in prächtigen Strichen die Raubritterzeit beschrieben wird und der durch den Abdruck in der vom „Vorwärts"-Verlag herausgegebenen Zeitschrift „In Freien Stunden" wieder neuem Interesse begegnet. Alle, die den prächtigen Roman von Willibald Alexis noch nicht kennen — der „Volksbote" hat ihn vor mehr als zehn Jahren zum Abdruck gebracht —, sollten es nicht versäumen, die „Freien Stunden", in denen der Roman auch noch von Künstlerhand gut illustriert ist, zu abonnieren. Aber auch diejenigen, die den Roman schon gelesen haben, werden sich gern noch einmal an der Lektüre erfreuen. Neben dem Hauptroman ist auch der weitere Inhalt der Zehnpfennighefte lehrreich und interessant. Zunächst gelangt eine Novelle von Björnstjerne Björnson „Der Brautmarsch" zum Abdruck. Der Novelle folgt der Roman „Semper der Jüngling" von Otto Ernst. Des weiteren bringt jedes Heft populäre Abhandlungen aus den verschiedensten Wissensgebieten sowie eine humoristische Ecke. Die Zeitschrift „In Freien Stunden" ist durch alle Parteizeitungen sowie Kolporteure, Buchhandlungen und Postanstalten zum Preise von 10 Pfg. pro Woche zu beziehen.

Handelsregister. Am 23. Juni 1914 ist eingetragen 1. bei der Kommanditgesellschaft in Firma Honigwerk Hansa Karl Häuer u. Co., Lübeck: Die Firma ist geändert in: Karl Häuer u. Co.; 2. bei der Firma „Deutsche Luterma" Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Dem Kaufmann R. Fitze in Berlin ist Prokura erteilt.

pl. **Wer ist der Eigentümer?** Am 31. dss. Mts. wurden in dem Schlutuper Gehölz, unweit der von Lübeck nach Schlutup führenden Chaussee eine Pappschachtel mit alten Uhren, Uhrkapseln und Uhrgehäusen aufgefunden. Die Sachen dürften zweifellos von einem Diebstahl herrühren. Der rechtmäßige Eigentümer der aufgefundenen Sachen wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pl. **Diebstähle.** Aus einem Hause der Gerwedesstraße ist in der Nacht vom 22. auf 23. dss. Mts. ein weißer Herren-Panamahut mit schwarzem Bande mit den in das Schweißleder eingeschlagenen Buchstaben „E. D." gestohlen worden. — In der Nacht vom 14. auf den 15. dss. Mts. sind aus einem Hintergarten eines Hauses in der Lübecker Straße in Schlutup 1 Tisch und 1 Bank (Gartenmöbel) abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Beine von den Möbeln sind aus Eisenstäben, die Tischplatte, sowie der Sitz und die Rückenlehne der Bank aus Holz angefertigt und mit gelbem Anstrich versehen.

pl. **Einbruch.** In der Nacht vom 17. auf den 18. d. Mts. wurde in Sarkwitz bei einem dort wohnhaften Krämer ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt, bei welchem den Tätern außer barem Gelde 1 silberne Herrenremontoiruhr mit buntem Zifferblatt, 1 silberne Zylinder-Damenuhr und 1 langgliedrige goldene Herrenuhrkette mit einem kleinen Revolver als Anhängsel in die Hände fielen.

Friedhofskunst-Ausstellung. Auf einem abgeschlossenen Platze des Vorwerker Friedhofes findet eine Ausstellung mustergültiger Denkmäler und Grabbepflanzungen statt. Eröffnung: Mittwoch, den 1. Juli d. Js. Besichtigung gegen Eintrittsgeld von 20 Pfg. täglich, solange der Friedhof geöffnet ist. Eintrittskarten sind zu lösen im Bureau des Friedhofs-Verwalters. Kataloge a 10 Pfg. ebendaselbst.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Die komische Posse „Er und seine Schwester", welche Sonntag zum ersten Male gegeben wird, ist eine der besten alten Possen, die immer wieder durch ihren gesunden Humor uns erfreuen. Da wir hier in Herrn Carl Wilhelmi eine Kraft besitzen, die wie geschaffen für die Hauptrolle ist, so wird die Posse ihre komische Wirkung auch hier nicht verfehlen. Heute „Der Juxbaron", morgen „Flachsmann als Erzieher".

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Am Freitag geht der überaus lustige Schwank „Müllers" wieder in Szene. Sonnabend wird die erfolgreiche Operette „Wenn der Frühling kommt" auf vielfachen Wunsch noch einmal wiederholt. Sonntag geht die beliebte alte Operette „Der Zigeunerbaron", die hier seit einigen Jahren nicht aufgeführt wurde, zum ersten Male wieder in Szene. Außer Herrn Direktor Victor Horwitz, der den reichen Schweinezüchter Zsupan spielt, sind in den Hauptpartien die Damen Ronell, Heuberger, Schweiger, Dannenberg, sowie die Herren Schelper, Gräf, Grün, Schick und Langer beschäftigt. Die Regie liegt in den Händen des Herrn Direktor Victor Horwitz, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Andermann.

Oeffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck, Parade 1 (Schloß Rantzau). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 26. Juni, abends 6 bis 7 Uhr.

[] **Hamburg.** Ein Gewerkschaftsführer unter der Anklage der versuchten Erpressung. Im Oktober vorigen Jahres hatte sich der Geschäftsführer Voß der Hamburger Mitgliedschaft des Fabrikarbeiter-Verbandes vor dem Hamburger Landgericht wegen versuchter Erpressung zu verantworten. Der Ausgang der mehrstündigen Verhandlung war der, daß das Gericht den Angeklagten freisprach. Gegen das Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht ein, das die Revision als begründet anerkannte und die Sache zur abermaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückwies. Im wesentlichen handelt es sich um folgendes: Die Arbeiter der Firma Hermann u. Co. in Hamburg, Fabrik für Oele und Pflanzenfette, verlangten im Frühjahr vorigen Jahres höheren Lohn. Als ihre Forderungen abgelehnt wurden, traten sie am 21. Mai in den Ausstand; am 26. Juni sandte dann der Angeklagte im Auftrage der ausständigen Arbeiter ein Schreiben, in dem er sich nochmals die Frage erlaubte, ob die Firma zur Beilegung der Streitigkeiten bereit sei. Es wurde dann mit geteilt, daß über die Ware der Firma bei der Kommission und dem Kartell bereits der Boykott beantragt sei und daß dieser durchgeführt werde, wenn die Firma in den geforderten neuen Tarif nicht einwillige. Die Firma antwortete auf den Brief nicht, sodaß der angekündigte Boykott eintrat. In dem erwähnten Schreiben, und zwar in der Androhung des Boykotts soll nach der Anklage, die dem Angeklagten zur Last gelegte versuchte Erpressung liegen. Zu seiner Verteidigung hatte der Angeklagte ausgeführt, er habe lediglich geschrieben, um einen Boykott zu verhindern. Die erste Instanz kam auch zu einer Freisprechung; da nach ständiger Rechtsprechung ein Streik zwecks Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht strafbar ist, so war auch der Boykott an sich nicht strafbar. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hatte sich am 16. Februar d. Js. der dritte Strafsenat des Reichsgerichts mit der Sache zu befassen. Am 8. April verkündete es jedoch noch ein Urteil, in dem es heißt: Das Landgericht läßt es dahingestellt, ob in dem von dem Angeklagten im Auftrage des Verbandes an die Firma Hermann gerichteten Schreiben eine Drohung, insbesondere eine Bedrohung mit einer Verrufserklärung der Waren der Firma enthalten ist. Es kommt zur Freisprechung des Angeklagten in erster Linie deshalb, weil der angedrohte Boykott, wie auch das Reichsgericht ausgesprochen habe, ein erlaubtes Kampfmittel sei und die Drohung deshalb nicht als eine widerrechtliche im Sinne des § 253 Str.-G.-B. anzusehen sei. Diese Begründung geht fehl. Es ist für die Erfüllung des Tatbestandmerkmals der Drohung im Sinne des § 253 Str.-G.-B. gleichgiltig, ob das angedrohte Übel ein widerrechtliches oder ob der Androhende zu dessen Zufügung berechtigt ist . . . Es kann auch nicht zweifelhaft sein, daß der Angeklagte und der von ihm vertretene Arbeiter-Verband sowie die ausständigen Arbeiter auf die erstrebte Lohnerhöhung keinen Anspruch hatten, so daß der angestrebte Vermögensvorteil sachlich ein rechtswidriger war. Diese Rechtswidrigkeit wurde dadurch nicht beseitigt, daß das Mittel seiner Erlangung ein an und für sich erlaubtes war. — In der Verhandlung am Montag sprach das Landgericht den Angeklagten wieder frei, da es nicht feststellen konnte, daß in dem Briefe eine Drohung enthalten sei.

Hamburg. Todessturz eines Fensterputzers. In der Dammtorstraße stürzte der Fensterputzer Urbaniak aus der Höhe des ersten Stockwerks von einem Fenstergesims ab. Der Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach der Einlieferung im Hafenkrankenhause starb.

Altona. Ein grauenhafter Unglücksfall ereignete sich auf dem Gelände der Gartenbau-Ausstellung. Das 13 Jahre alte Schulmädchen Käthe Rücker bestieg einen Aussichtsturm. Auf der höchsten Plattform neigte es sich vermutlich zu weit über die Brüstung, denn plötzlich erfaßte eine Welle der mit dem Aussichtsturm verbundenen Mühle die Haare des Kindes, und bevor Hilfe zur Stelle war, war dem unglücklichen Kinde die ganze Kopfhaut weggerissen.

Trittau. Beim Baden im Hoisdorfer Teich ertrank der 14 Jahre alte Sohn des Landmanns Fick. Der Knabe geriet in einen tiefen Graben, der den Teich durchzieht, und versank plötzlich in die Tiefe. Dem Vater war es nicht möglich, so schnell herbeizueilen, um den Sohn noch rechtzeitig aus dem Wasser zu ziehen. Die Leiche wurde geborgen.

Kiel. Der erweiterte Nord-Ostsee-Kanal wurde am Mittwoch amtlich eröffnet. Staatssekretär Dr. Delbrück hielt eine Ansprache, in der er den Bau als Denkmal für das Können unserer Zeit feierte. Delbrück erhielt den Verdienstorden der preußischen Krone. Der erste, 98½ Kilometer lange, 9 Meter tiefe Kanal wurde am 21. Juni 1895 eröffnet. Es konnten Schiffe von 145 Meter Länge, 23 Meter Breite und 8½ Meter Tiefgang durchgeschleust werden. Im Jahre 1907 wurden die Schleusen verlängert und der Kanal verbreitert. Der neue Kanal hat eine Schleusenlänge von 330 Metern, eine Schleusenbreite von 45 Metern und eine Wassertiefe von 14 Metern. Die Schleusen sind die größten der Erde und überreichen selbst die des Panamakanals. Die Eisenbahnbrücken sind so hoch gelegt, daß die Kriegsschiffe bequem darunter hinweg fahren können.

Neumünster. Beim Baden ertrunken ist Dienstag abend in der Badeanstalt am Elmdorferweg der Gelegenheitsarbeiter Joh. Starken. Derselbe besuchte nach 9 Uhr die Badeanstalt, kam in den nicht abgegrenzten Teil derselben und ertrank. — Sittenverbrechen. Ein Sittenverbrechen ist an einem jungen Mädchen von 18 Jahren verübt worden. Dasselbe besuchte am Sonnabend seine hier wohnenden Eltern und nahm abends an einem Ball teil. Am Sonntag morgen wollte das Mädchen seine Stellung in der Umgegend wieder aufsuchen. Auf der Landstraße wurde es von einem gutgekleideten jungen Mann angehalten, der sich für einen Kriminalbeamten ausgab und dem Mädchen, welches sich auch einschüchtern ließ, befahl, mitzugehen. Bald belästigte er dasselbe unsittlich. Als ihm sein Vorhaben nicht gelingen wollte, vergewaltigte er das Mädchen und verschwand. Der Herrschaft, wo das junge Mädchen sich in Stellung befindet, fiel es auf, daß dieses immerfort weinte. Nach wiederholtem Drängen erfuhren sie die Ursache und erstatteten sofort Anzeige. Die Untersuchung ist eingeleitet. — Ein gefährlicher Unhold ist in der Person des Verwalters eines Gutes bei Klein-Bordersby festgenommen worden. Diesem war von einem Freunde der Auftrag geworden, ein in Essen an der Ruhr beheimatetes junges Mädchen auf dem Heimwege nach dem Gasthof, wo es zum Besuche weilte, zu begleiten. Der freche Patron verging sich nun an dem Mädchen in der schwersten Weise und bedrohte es auch mit dem Tode. Bei seiner Verhaftung stellte es sich heraus, daß der Bursche sich noch in mehreren anderen Fällen derselben Straftat schuldig gemacht hat.

Schwerin. Todessturz eines Fliegeroffiziers. Dienstag abend ereignete sich gegen 9½ Uhr bei Görries ein schweres Fliegerunglück. Der hierher kommandierte Oberleutnant Kolbe vom Inf.-Regt. 97 in Saarbrücken sollte einen Apparat der Fokkerwerke abnehmen. Dreimal gelang ihm glücklich das „Looping the loop". Bei einem weiteren Fluge, den er mit Hauptmann Ruff vom Infanterie-Regt. 180 in Tübingen unternahm, kamen beide zwischen dem Westteil des Ostorfer Sees und Görries so unglücklich nieder, daß Kolbe einen Schädelbruch erlitt, dem er um 11 Uhr im Garnisonlazarett erlag, während Ruff einen Unterschenkelbruch erlitt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht weiter aufgeklärt. Allem Anschein nach handelt es sich nicht um einen Sturz, sondern um eine mißglückte Landung. Die Flügel des Apparates sind wenig beschädigt.

Goldberg. Von Hunden zerfleischt. Der viet Jahre alte Sohn des früheren Hotelbesitzers Helms wurde auf der Wiese in der Nähe der Genossenschaftsmolkerei von vier jungen Bulldoggen des Molkereiverwalters angefallen und am Kopf und an den Beinen schrecklich zerfleischt. Erst als ein Hausdiener, der zufällig mit dem Rad vorbeifuhr, auf die Tiere einhieb, ließen sie von dem Kind ab. Der Knabe ist so schwer verletzt, daß an seiner Wiederherstellung gezweifelt wird.

Brüel. Im Buttermilchbassin ertrunken ist in Kuhlen der 38 Jahre alte Arbeiter Westphal. Er wurde mit dem Kopf im Buttermilchbassin im Schweinehaus ertrunken aufgefunden. Der Verunglückte war verheiratet und Vater von sieben unmündigen Kindern.

[] **Bremen.** Die Bremer Parteiorganisation hat sich in 5 Generalversammlungen mit dem Jahresbericht des Vorstandes beschäftigt. In zwei Versammlungen wurde recht ausgiebig über den Bericht der Zeitungskommission debattiert. Verschiedene Redner waren nicht mit der Haltung einverstanden, die das Bremer Parteiorgan im Werftarbeiterkampfe eingenommen hat. Die sehr ausgiebige Debatte über diesen Gegenstand wurde durch die Annahme eines Antrages geschlossen, wonach der Vorstand beauftragt wurde, so bald wie möglich ein Parteiversammlung einzuberufen, die sich mit dem Thema „Gewerkschaften und Parteipresse" beschäftigen soll. Ein Antrag des Vorstandes, der Zeitungskommission die Wiederanstellung eines Abonnentensammlers zu empfehlen, fand allgemeine Zustimmung. Wie in anderen Orten, so hat auch in Bremen der Bildungsausschuß darüber zu klagen, daß die Bildungsveranstaltungen von den Organisationen nicht immer die erforderliche Unterstützung finden. Die Gewerkschaften sind in den letzten Jahren vielfach dazu übergegangen, für ihre Mitglieder fachtechnische Kurse oder sonstige Vorträge zu veranstalten. Da der Besuch solcher Veranstaltungen für die Mitglieder der Gewerkschaften oftmals unentgeltlich ist, so leiden darunter die Veranstaltungen des Bildungsausschusses außerordentlich. Um diesem Mißstande ein Ende zu machen, wurde dem Bildungsausschuß empfohlen, gemeinsam mit den Organisationsvertretern zu beraten, wie die Bildungsarbeit zu zentralisieren ist. Von den Beschlüssen der Bremer Organisation sei noch erwähnt, daß die Versammlung einem Antrag des Vorstandes zustimmte, wonach der Maifonds in einen Reservefonds umgewandelt wird. Diesem Fonds sollen 5 % der Einnahme zugeführt werden. Ferner wurde beschlossen, die „Neue Zeit" zum Preise von 10 Pfg. an die tätigen Genossen abzugeben.

Oldenburg. Eine Konferenz der Bildungsausschüsse für Oldenburg-Friesland fand am Sonntag in der Stadt Oldenburg statt. Es waren 11 Orte durch 25 Delegierte vertreten. Als Vertreter des Zentral-Bildungsausschusses war der Gen. Laufenberg-Hamburg erschienen. Aus den Berichten ging hervor, daß die Bildungsarbeit im Bezirk erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Der neuangeschaffte Lichtbilderapparat soll im bevorstehenden Winter durch Redner aus dem Bezirke seine Verwendung finden. Das Programm des Bezirks-Bildungsausschusses für das Winterhalbjahr wurde gutgeheißen. Dann sprach Genosse Laufenberg über Grundsätzliches bei der proletarischen Bildungsarbeit. Die Konferenz beschloß, dieses Referat als Flugblatt zu Propagandazwecken zu verbreiten.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Verkauf lebender Butt

vom Boot aus (5030

am Freitag, dem 26. Juni
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstenbrücke
und
Hüxterthorbrücke.

Friedhofs-Kunst-Ausstellung

Auf einem abgeschlossenen Platze des Vorwerker Friedhofes findet eine Ausstellung mustergültiger Denkmäler und Grabbepflanzungen statt.

Eröffnung: **Mittwoch, den 1. Juli ds. Js.**

Besichtigung gegen Eintrittsgeld von 20 Pfg. täglich, solange der Friedhof geöffnet ist.

Eintrittskarten sind zu lösen im Bureau des Friedhofsverwalters.

Kataloge a 10 Pfg. ebendaselbst.

5026) **Die Friedhofsbehörde.**

Infolge Unglücksfalles verstarb am 23. Juni im fast vollendeten 24. Lebensjahr unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm Urbaniak.

Tief betrauert von seinen Eltern, Geschwistern und Verwandten.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 28. Juni, vormittags 11 Uhr, vom Hafenkrankenhaus in Hamburg nach Ohlsdorf statt. (5028

Für die erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres lieben Vaters danken herzlichst (5039

C. Ligmann und Kinder.

Ein schön möbliertes Zimmer

zu vermieten.

5036) Gewerbestraße 44, I.

Gewerkschafts-Kartell Schwartau.

Einladung zum

Gewerkschafts-Fest

am Sonntag, dem 5. Juli, auf dem Tierschauplatze in Schwartau,

bestehend in Festrede, Konzert, Gesangsvorträgen, turnerischen Aufführungen und sonstigen Belustigungen.

Abends Rückmarsch mit Laternen. Nachdem Ball in den Lokalitäten von Herrn W. Hilprecht (Gasthof Transvaal) und Herrn Mau (Hotel Kronprinz).

Eintritt 30 Pfg., wofür eine Laterne. Tanzschleife 30 Pfg.

Mittags um 1 Uhr: Empfang der Lübecker Kollegen beim Waldschlößchen.
Präzise 1½ Uhr: Festmarsch durch den Ort mit mehreren Musikkapellen und Fahnen nach dem Festplatze.

5024 **Das Komitee.**

NB. Den Lübecker Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß um 12½ Uhr und um 12¾ Uhr sämtliche Schiffe der Trave-Dampfschiffahrt bei der Drehbrücke zur Verfügung stehen. Ferner wird die Lübecker Straßenbahn von mittags 12 Uhr ab Extratouren einschalten.

Käselager Hüxstr. 83/85.

Diese Woche

Tilsiter Vollfett-Bruch

₰ 30 und 40 ₰

Alter Holländer sonst ₰ 1 ℳ, jetzt 50 und 60 ₰

Nur Hüxstraße 83/85.

Pantoffeln

für Damen und Herren in großer Auswahl zu billig. Preisen empfiehlt

5033 **C. Kahle, Paulstr. 6.**

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter

Zahlstelle Lübeck.

Sommer-Vergnügen

bestehend aus

Konzert, Damen- und Kindervergnügen mit nachfolgendem BALL

am Sonntag, dem 12. Juli 1914

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 60 Pfg. Ende 2 Uhr.
Eine Dame frei. 5031 **Das Komitee.**

Transportarbeiter

von Stockelsdorf und Umgegend.

Versammlung

am Freitag, dem 26. Juni 1914

abends 8½ Uhr

im Lokale des Herrn Paetau, Fackenburg.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom 9. Verbandstag in Köln.
2. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht

5040 **Die Ortsverwaltung.**

Vom Waisenhaus zur Fabrik

Inschmackem Einband
Preis 1 Mark

Geschichte einer Proletarierjugend

Von Georg Heinrich Dikreiter

Der neueste Band der „Vorwärts-Bibliothek"

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstr.

Butter

Allerfeinste Meierei-Tafel-Butter
mit höchster Auszeichnung
Pfd. **1.22** Mk.

Eier (5044

Große, frische hiesige Eier
aus eigenen Sammelstellen
Stück **7½** Pfg.

Ohlsens Buttergeschäft

Hüxstraße 30 Lübeck Hüxstraße 30.

Ausnahmepreise

gültig für Freitag und Sonnabend.

Rollfleisch	das Pfund nur	1.00 ℳ
Ochsenleber	„ „ „	95 ₰
Beefsteak	„ „ „	1.10 ℳ

und ferner zu bisherigen billigen Preisen:

Rinderfilet	das Pfund nur	1.40 ℳ
Flomen	„ „ „	60 ₰
Rauchfleisch	„ „ „	65 ₰
Karbonade	„ „ „	1.00 ℳ
mag. Speck, geräuchert	„ „ „	80 ₰
fett. Speck,	„ „ „	80 ₰

Auf sämtliche Waren 4% Rabatt.

Verkauf in meinen Detailgeschäften.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik

August Scheere.

5045

3352

Versammlung

sämtlicher

bei den Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter

am Freitag, dem 26. Juni

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

Beratung unseres Lohntarifs.

5041) **Der Vorstand.**

NB. Pflicht der Kollegen ist es, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. D. O.

In Marli geht von Mund zu Mund,
die frohe Kund'
laßt uns nach **Leisek** gehn,
da ist es wunderschön!
Jeden Abend neue Abwechselungen. Auftreten von nur erstklassigen Künstlern und Künstlerinnen. Donnerstag abend die große Pantomime: Großmutters Geburtstag. Freitag abend folgt die Pantomime „Burenkrieg". Es können sich 40 Knaben zur Mitwirkung melden. Außerdem können sich Herren zum griechisch-römischen Ringkampf sowie Boxkampf melden. Anfang der Vorstellung 8½ Uhr im Garten des Herrn **Zülow, Marlistraße 65.** (5043

Stadthallen-Sommertheater.

Donnerstag, den 25. Juni, abends 8¼ Uhr:
Zum letzten Mal das reizende Schauspiel

Jettchen Gebert.

Von Georg Herrmann.

Freitag, den 26. Juni, abends 8¼ Uhr:
Wiederholung des überaus lustigen Schwankes

Müllers.

Von Friedmann-Frederich.

Sonnabend, den 27. Juni abends 8¼ Uhr:
Auf vielfachen Wunsch:

Wenn der Frühling kommt.

Operette von Jean Gilbert.

Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarrenhandlung **Otto Borchert.**
Musikalienhandlg. **F. W. Kaibel.**
Rudolph Karstadt.
Dutzendkarten haben zu **allen** Vorstellungen Gültigkeit. (5027

Hansa-Theater

Direktion **Ernst Albert.**

Heute Donnerstag, den 25. Juni:

Der Juxbaron.

Freitag, den 26. Juni:

Flachsmann als Erzieher.

Flachsmann — Dir. Ernst Albert.

Sonnabend, den 27. Juni:
Der bisher größte Schlager der Saison:

Der Juxbaron.

Sonntag, den 28. Juni:
Die urkomische Gesangsposse

Er und seine Schwester.

Anfang stets 8¼ Uhr. (5034

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 145. Donnerstag, den 25. Juni 1914. 21. Jahrg.

Staatstreue Eisenbahner.

Ein praktischer Eisenbahner schreibt uns:

In diesen Tagen hält der Trier-Berliner Eisenbahnerverband seinen 12. Delegiertentag in Hamburg ab. Zugleich wird das 20jährige Bestehen des genannten Verbandes mit großem Tamtam und Festivitäten gefeiert. Gegründet wurde der Trier-Berliner Eisenbahnerverband von dem Eisenbahnsattler Molz, der im innigsten Verkehr mit dem verstorbenen Kaplan Dasbach und den katholischen Fachabteilungsführern stand. Obwohl nach außen hin politisch neutral, wurde die gesamte Verbandstätigkeit, wenn man von einer solchen überhaupt reden darf, von den katholischen Kaplänen bestimmt, was denn auch zu wiederholten inneren Krisen und Spaltungen führte. So entstanden nacheinander der Zentralverband deutscher Eisenbahner, Sitz Elberfeld, mit dem Anschluß an die „Christlichnationalen" und noch verschiedene kleinere mehr oder minder bedeutungslose Spartenverbändchen. Nach der Gründung des Elberfelder Verbandes im Jahre 1909 wurde Molz abgesägt und der Verbandssitz von Trier nach Berlin verlegt. 1911 entstand zwischen dem Vorsitzenden Severin und dem Syndikus Heißner ein großer Streit, der auf dem Verbandstage in Halle a. d. Saale ausgetragen wurde, wobei es heiß herging und beide Führer sich gegenseitig vorwarfen, die Verbandskasse gehörig zu ihren eigenen Gunsten geschröpft zu haben. Bemerkt muß dabei werden, daß alle früheren Delegiertentage dieses sonderbaren Organisationsgebildes in Berlin, Paderborn, Braunschweig, Trier, Kassel usw. zum großen Teil ausgefüllt waren mit persönlichem Krakehl der führenden Leute untereinander. An sozialpolitischer Arbeit hat der genannte Verband bis in die jüngste Zeit hinein nichts Wesentliches geleistet. Augenblicklich wird der Trier-Berliner Verband vom Eisenbahnschlosser und Reichstagsabgeordneten Ickler geleitet. Icklers Reichstagsmandat, welches dem Verbande eine gewisse Glorie verleiht, steht in Göttingen-Duderstadt auf sehr schwachen Füßen und dürfte der Wahlkreis in nicht allzu ferner Zeit von unseren Genossen erobert werden. Im Mittelpunkt der diesmaligen Verhandlungen in Hamburg steht neben diversen gemeinsamen Essen im Konventgarten Besichtigung des Hagenbeckschen Tierparkes und Abendessen dortselbst, Dampferfahrt nach Blankenese, ein Vortrag des rechtsliberalen Generalsekretärs Riedel (der, ehe er Eisenbahnerführer wurde, Redakteur eines nationalliberalen Scharfmacherblattes in Siegen, das mittlerweile das Zeitliche gesegnet hat, war) über „Unsere Stellung in der deutschen Arbeiterbewegung". Den Mainzer Eisenbahnern ist Herr Riedel sehr gut bekannt. Er hielt am 4. Oktober 1913 im Saale des Evangelischen Vereinshauses eine große Versammlung ab, die von fast 1000 Eisenbahnern besucht war. In derselben mimte Riedel den starken Mann und verprügelte die preußisch-hessische Eisenbahnbureaukratie, die damals den Bezirksleiter Heinrich des Trier-Berliner Verbandes gerade verwarnt hatte, nach allen Regeln der Kunst. Einige Kraftproben aus dem Riedelschen Referat nach stenographischen Aufzeichnungen seien hier wiedergegeben:

„. . . Was tat denn die Eisenbahnverwaltung zur kulturellen Hebung ihrer Arbeiter? Nichts! . . . . . Durch das Zwangsabonnement der „Eisenbahn" (eines gelben Blattes) erzieht die Verwaltung die Arbeiter zur Heuchelei. . . . . So erzieht man nur servile Naturen und Heuchler. . . . . Mit dem Prämiensystem züchtet man nur die Günstlingswirtschaft groß. . . . In Neidenburg in Ostpreußen ist die Frau unseres Ortsvereinsvorsitzenden von einem jungen Praktikanten unsittlich angefaßt worden. . . . Der Bureaukratismus der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung macht jedes Beschwerderecht illusorisch. . . . Hier ist der Willkür der Vorgesetzten Tür und Tor geöffnet. . . . usw. usw."

Die Ministerialverfügung, wonach sozialdemokratische Versammlungen nicht besucht und sozialdemokratische Blätter von den Eisenbahnern nicht gelesen werden dürfen, bezeichnet Riedel als eine Beschränkung der persönlichen Freiheit. Anspielend auf die bevorstehende Maßregelung des Mainzer Bezirksleiters Heinrich vom Trier-Berliner Verband kraftmeierte Riedel, vom stürmischen Beifall begleitet, wie folgt:

„Sollte man aber wirklich hier in Mainz der Meinung sein, daß man Funktionäre maßregeln kann, weil sie Wahrheiten in Vertretung ihrer Interessen ausgesprochen haben, dann wird unsere Organisation geschlossen hinter ihnen stehen. Dann sollen die Herren von der Verwaltung es erfahren, daß der feste Wille einer Organisation von 98 000 Eisenbahnern doch eine harte Nuß ist, an der sie sich manchen Zahn ausbeißen können."

Der Bezirksleiter Heinrich holte sich in dieser Versammlung den Rest. Er selbst (trotz seiner 15jährigen einwandsfreien Dienstzeit) und noch zwei andere Eisenbahnarbeiter flogen auf das Straßenpflaster. Die Zähne hat sich die Eisenbahnverwaltung allerdings an dem angeblich so starken Trier-Berliner Verband nicht ausgebissen. Höhnisch bemerkt zu diesem Vorgehen der Eisenbahnverwaltung die Parteigenossin des Herrn Riedel, die rechtsliberale Hessische Landeszeitung:

„Man könnte nur vom Standpunkt der Allgemeinheit wünschen, daß auch andere Behörden und Organisationen, die jahraus, jahrein unter dem sozialdemokratischen Terror und Vertrauensbrüchen zu leiden haben, sich an dem Vorgehen der Mainzer Eisenbahndirektion ein Muster absehen wollten."

Heinrich und seine beiden Kollegen waren mittlerweile, obwohl eingeschriebene Fortschrittsparteileute, schon zur Sozialdemokratie umgestempelt worden. Daß der Trier-Berliner Verband geradezu unfähig ist, Eisenbahnerinteressen zu vertreten, trotz des großen Tamtams, der jetzt mit der Riedelschen Rede in Hamburg geschlagen wird, beweist der weitere Verlauf der Affäre Heinrich. Am 12. Januar dss. Js. wurde der Reichstagsabgeordneter Ickler mit einigen anderen Vorstandsmitgliedern des Trier-Berliner Verbandes zum Ministerialdirektor Hoff nach Berlin beordert. Ministerialdirektor Hoff erklärte dieser sonderbaren Gattung von Arbeiterführern, der Eisenbahnminister werde einer weiteren Radikalisierung seiner Arbeiter durch den Trier-Berliner Verband nicht mehr ruhig zusehen. Insbesondere habe der Verband den Bezirksleiter Heinrich fallen zu lassen und alle Beziehungen zu ihm zu lösen. Nachdem Ministerialdirektor Hoff noch einiges von Konsequenzen und so weiter gemunkelt hatte, wobei Ickler wohl an ein verwaltungsseitiges Verbot seines Verbandes denken mochte, knickten die Trier-Berliner Größen einschließlich des Herrn Reichstagsabgeordneten aus dem Wahlkreise Göttingen-Duderstadt kleinlaut zusammen und versprachen de- und wehmütig Besserung. Was nebenbei bemerkt mit Genugtuung von oben herab auch der recht scharfmacherisch gesinnten Mainzer Eisenbahndirektion mitgeteilt wurde. Vor der Audienz hatte der Trier-Berliner Verbandsvorstand die Mainzer Eisenbahner auf die Beratungen des preußischen Eisenbahnetats vertröstet. Die intimen Freunde des Trier-Berliner Verbandes, die freisinnigen Landtagsabgeordneten Delius, Runze und Dr. Flesch wollten dabei den Fall Heinrich im preußischen Dreiklassenhaus zur Sprache bringen. Nichts von alledem ist geschehen. Wohl auf einen Wink von der Trier-Berliner Verbandsleitung schwiegen die Fortschrittsmannen in allen Tonarten und aus den Reihen der Nationalliberalen erscholl lebhaftes Bravo, als Breitenbach den gemaßregelten Heinrich als „Hetzer" bezeichnete. Nur ein einziger hatte den Mut, dem Eisenbahnminister gegenüber den Koalitionsrechtsraub und den brutalen Terrorismus der Eisenbahnverwaltung gegenüber unserem Kollegen Heinrich und anderen Eisenbahnersklaven zu brandmarken. Es war dieses der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Leinert. Mit wahrer Begeisterung haben die Eisenbahner Leinerts Rede, die auch von der Trier-Berliner Verbandsleitung im stenographischen Wortlaut gebracht wurde, über das Eisenbahnerelend und die terroristischen Maßnahmen der Verwaltung gelesen.

Immer mehr sehen auch wir, die auf Kommando hurraschreienden und mützenschwenkenden Eisenbahner, ein, daß der Trier-Berliner Eisenbahnerverband und seine Parlamentarier für uns nichts nütze sind, obwohl wir oft gezwungen, und um den Schein der Gerechten vor unseren Vorgesetzten und Spitzeln zu wahren, die Trier-Berliner Verbandskarte in der Tasche tragen. Unsere Genossen aus den anderen Berufen müssen nur fortfahren, bei jeder Gelegenheit und in zäher Kleinarbeit Aufklärung unter die Eisenbahner zu tragen. Die 100 000 Mitglieder des Trier-Berliner Verbandes brauchen uns nicht zu ängstigen. Langsam und sicher gewinnt der Sozialismus in den Eisenbahnwerkstätten an Boden. Schon vor einigen Jahren brachten Trier-Berliner Eisenbahner unserem Genossen Landtagsabgeordneten Hoffmann in der Berliner „Hasenheide" stürmische Ovationen dar. In einer Versammlung, die anläßlich des letzten Trier-Berliner Verbandstages am 7. Dezember 1912 in Berlin stattfand, wurde ebenfalls unser Genosse Landtagsabgeordneter Borchardt von einem Teil der Versammlung mit stürmischen Bravorufen begrüßt, mußte dann allerdings die Versammlung verlassen. Von den 98 000 Mitgliedern seines Verbandes, mit denen Herr Riedel in Mainz renommierte, dürfte ein großer Teil vor dem Eintritt in den Eisenbahndienst durch die Schule der freien Gewerkschaften gegangen sein. Durch den Terorismus gezwungen, müssen viele von ihnen bei dem Eintritt in den Eisenbahndienst auf die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften verzichten. Jedenfalls erinnern sich auch diese terrorisierten Eisenbahner bei den Reichstagswahlen daran, daß sie in die Reihen des klassenbewußten Proletariats gehören. Das kann man bei Wahlzeiten in allen größeren Eisenbahnwerkstätten beobachten. Kein Verbot und kein bureaukratischer Terror wird den Vormarsch des sozialistischen Gedankens in dem eine halbe Million Köpfe zählenden preußisch-hessischen Eisenbahnerheere aufhalten.

9. Deutscher Gewerkschaftskongreß.

3. Verhandlungstag.

C. B. München, 24. Juni 1914.

Den Vorsitz führt Schlicke, der bei Eröffnung der Sitzung den als unparteiischen Vorsitzenden in zahlreichen Tarifverhandlungen bekannten Vorsitzenden des Münchner Gewerbegerichts, Dr. Prenner, mit herzlichen Worten begrüßt. Darauf setzt Legien sein gestern nachmittag begon-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(26. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Ich hinterlasse meiner Vaterstadt keinen männlichen Erben, aber ich hinterlasse ihr den ersten menschlichen Mosel, den sie je besessen hat." Der Wein war von Septimus im ganzen Städtchen eingeführt worden.

Es begann ein lustiges Trinken. Axel war sehr aufgeräumt. Er war sogar lauter und ausgelassener, als er jemals sonst zu sein pflegte; aber die Stimmung war nicht echt. Ein kaltes, bitteres Weh erwachte immer wieder, so oft er es betäubte. Warum hatte sie ihn verlassen? Sie gehörte zu ihm; sie mußte selbst fühlen, daß sie zu ihm gehörte. Sie hatte mit dem honetten Mittelstand dort unten nichts zu tun. Sie war zu einem noblen Glücke der Sinne erschaffen. Sie verschmähte ihn aus kalter Berechnung und lächelte dort unten verbindlich nach allen Seiten. Es ging ihm wie ein kaltes Messer durchs Herz, wenn er an sie dort unten dachte. Wie sie nur so höflich mit all den Fremden plaudern konnte! War sie wirklich so herzlos und raffiniert?

„Trink nicht so heftig," mahnte Septimus. „Der Mosel geht leicht hinunter; er hat aber viel kühles Feuer."

„Das haben andere auch," dachte Axel und leerte sein Glas auf einen Zug.

Der Referendar sprang auf und nahm eine respektvolle Haltung an.

„Nanu." Axel kehrte sich um.

Dagmar war eingetreten. Sie sah lächelnd und etwas verschämt aus, weil sie die Herren offenbar gestört hatte. In Axel rief sie nur ein bitteres Gefühl hervor. Er hatte in der letzten Stunde zuviel hinunterfressen müssen. Seine Leidenschaft hatte sich müde gerast und müde geschunden; er konnte nicht mehr. Ein bitteres Weh, das war alles.

„Was verschafft uns die Ehre?" Es sollte lässig klingen, aber die Stimme hatte einen feinen, fast unsichtbaren Riß. —

„Damenwahl!" Sie verneigte sich.

Axel bot ihr mit unbefangener Höflichkeit den Arm; äußerlich konnte er seine Haltung nun nicht mehr verlieren. Er suchte sogar nach einem gleichgültigen Tone der Unterhaltung, aber den fand er nun freilich nicht. Er stand schweigend neben ihr in der Reihe der Tänzer. Die leichten Ballworte wollten ihm nicht kommen. Sie waren alle in seinen Schmerz getaucht; sie hatten alle einen Unterton von kalter Ironie, den er vermeiden wollte. Einmal war es ihm als lege sie bittend ihren bloßen Arm auf seinen. Er sah sie aber nicht an; er wußte ja, daß ihre Augen ihm nichts zu sagen hatten.

„Herr Halvorsen!"

Er hatte ganz vergessen, daß sie tanzen mußten.

„Verzeihen Sie!"

Im Tanze war es, als käme sie ihm wieder mit einer leichten, gleichsam mit einer mädchenhaften Bitte nahe. Die Luft wurde ihm plötzlich heiß; das Licht des Kronleuchters flimmerte ihm vor den Augen; er glaubte aber nicht daran. Vielleicht war es eine Täuschung, vielleicht war sie durch seine Reserve beengt; er kannte die Unbefangenheit, auf die seine Hoffnung schließlich stoßen würde. Dann aber glühte sein ganzes Wesen auf und er schloß sie fest in seinen Arm. Sie kam ihm in einem raschen Augenblick ganz nahe. Er fühlte ihren Körper von oben bis unten; er fühlte die Leidenschaft ihrer Hingabe; er fühlte, daß er das alles fühlen sollte; er fühlte, daß sie das bewußte Weib war, das er in ihr vermutet hatte. Es jauchzte in ihm empor, als wäre er auf einmal der Freiheit des Lebens wiedergegeben.

„Wir müssen uns in acht nehmen," hauchte sie intim und gedämpft.

Er antwortete sofort mit einem leisen Druck. Es war ihm nicht anders, als ob er auf einmal fliegen könne! Und flogen sie nicht wirklich durch den Saal? Dagmar lächelte zufrieden in sich hinein, als Axel auf einmal in einen so jubelnden Rhytmus fiel. Alle Lebensgeister waren jauchzend in ihm erwacht. Ein brillantes Feuerwerk von leichten Scherzen ging blendend nieder, als sie wieder in der Reihe standen. Dagmar hörte mit tiefer Freude und stiller Bewunderung zu. Sie sah Axel gern so stolz und froh; sie liebte ihn am meisten, wenn er alle anderen überglänzte. In ihren Augen war ein staunender Respekt; sie hatte wieder das Wesen eines unschuldigen Kindes. Das Publikum fand allgemein, daß sie reizend sei.

Axel ging leichten Schrittes ins Herrenzimmer zurück. Er wollte heute abend nicht mehr tanzen, unter keinen Umständen wollte er diesen herrlichen Duft entweihen. Er wollte auch mit Dagmar nicht mehr tanzen. Sie hatte die Parole der Vorsicht ausgegeben; er wollte ihr gern folgen: Die Zukunft war so frei und schön.

„Was meinst Du, alter Bursche! Wollen wir zeigen, daß wir noch immer nicht vor den Franzosen bange sind? Wollen wir in unserem Übermute gleich mit einer französischen Witwe anzubinden wagen? Mit der lieben, gefährlichen Veuve Cliquot?"

„Du hast den Butterhändler wohl vergessen," schmunzelte Septimus. Er hatte in seiner stillen Weise Axel sehr lieb.

„Im Gegenteil! Ich habe ihn mit Jauchzen wiedergesehen!"

„Ach was!"

„Jawohl! Der Patron stand einsam und verlassen an der Tür. Kein einziges weibliches Wesen hat sich freiwillig in seinen Arm gelegt. Er sah auch so fettig und schmutzig aus wie immer. Sein Frack war rein; sein Wesen aber scheint durch den Frack. Jensen, wir haben lange keinen Sekt getrunken!"

Jensen flog, er kannte Axels Marke.

„Wenn die Herren gestatten, schließe ich mich in der Angst meines Herzens mit einer Flasche an," sagte der Referendar.

„Wenn Sie wollen, mit zwei!" rief Axel. Der offene Bursche war ihm immer lieb. Er war neuerdings oft mit Septimus zusammen. Septimus hatte ihn „adoptiert", wie er sich auszudrücken beliebte. Die Liebe zum Alkohol war beiden gemeinsam.

Am Nebentisch war inzwischen der dicke Ohlsen erschienen. Er sah mit langen, sehnsüchtigen Blicken hinüber, als nun die glänzenden Kübel hereingetragen wurden. Er wäre sofort hinübergegangen, wenn Axel nicht dabei gewesen wäre. Axel aber wurde nicht gern gestört, am wenigsten, wenn er in brillanter Stimmung war.

„So einsam," rief dann aber Septimus hinüber. „Sie haben doch sonst die Witwen gern!"

Ohlsen hatte von einer wohlhabenden Witwe einen Korb bekommen. Er sei ihr zu dick, hatte sie gesagt. Besonders im Sommer.

„Kommen Sie her, Ohlsen," fiel Axel ein. Er hätte die ganze Welt umarmen mögen. Der dicke Ohlsen kam seinem Übermute entgegen.

Ohlsen kam so eilfertig, daß er beim Aufstehen seine Flasche umwarf.

„Laß fahren dahin," jubelte der Referendar, „die französische Witwe ist besser."

„Stecken Sie Ihre Nase ins Glas," knurrte Septimus; es war immerhin sein Mosel gewesen.

Der Referendar trank mit Begeisterung.

Ohlsen rief keuchend nach Jensen. Er wollte gleich zwei Flaschen haben, um für die nächste Zukunft gesichert zu sein. Axel strahlte in weltfroher Laune. Septimus schmunzelte stillvergnügt. Der Abend entwickelte sich vorzüglich.

An den Nebentischen begann es lebendig zu werden, wie die Stunde weiter vorrückte. Die Tänzer saßen mit ihren

neues Referat über die Vorlage, betr. das Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands, fort. Er bespricht vor allem die zur Regelung von Grenzstreitigkeiten vorgeschlagenen Bestimmungen: Die Versuche, die Grenzstreitigkeiten durch Beschlüsse allgemein beizulegen, haben bisher keinen vollen Erfolg gehabt. Es ist vielfach nur bei einem äußeren Ausgleich geblieben, ohne daß das innere Band der betreffenden Organisationen fester geknüpft worden wäre. Die Vorständekonferenz hat daher das Bedürfnis nach einer entscheidenden Instanz empfunden, und sie unterbreitet Ihnen nun den Vorschlag, zur Entscheidung über Grenzstreitigkeiten, bei denen auch die Vermittlung der Generalkommission nicht zum Abschluß von Kartellverträgen geführt hat, um die Differenzen beizulegen, ein Schiedsgericht einzusetzen, das aus je drei von den Vorständen der beteiligten Gewerkschaften zu wählenden Gewerkschaftsvertretern und einem Vorsitzenden besteht, den die Schiedsrichter zu wählen haben. Die Entscheidung des Schiedsgerichts soll endgiltig und bindend sein. Nun wird man ja sagen, daß die erste Erfahrung mit einem solchen Schiedsgericht nichts Gutes für die Zukunft verspricht. Die Entscheidung des Schiedsgerichts in dem Streit zwischen dem Transportarbeiter- und dem Brauereiarbeiterverbande um die Zugehörigkeit der Bierkutscher ist in einer Weise angegriffen worden, daß man zu der Befürchtung kommen muß, daß sich schließlich niemand mehr als Schiedsrichter findet. Bisher galt in unserer ganzen Organisation als Grundsatz, die Entscheidung der selbstgewählten Instanzen unbedingt anzuerkennen, auch wenn sich der eine oder andere Teil benachteiligt fühlt. (Sehr richtig!) An diesem Grundsatz darf doch nicht gerüttelt werden. (Zustimmung.) Die Erklärung der Generalversammlung der Transportarbeiter ist ja nicht einmal diesem Kongreß unterbreitet worden, (Heiterkeit) das läßt ja tief blicken. Inzwischen ist nun ein Antrag eingegangen, des Inhalts, daß die gelernten Arbeiter in die für sich zuständigen Industrieverbände der ungelernten Arbeiter überwiesen werden sollen. Dieser Antrag will also die Betriebsorganisation durchführen. Es ist aber doch ein Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zu machen. Die ungelernten Arbeiter können ihren Beruf wechseln, ohne schließlich auch ihre Organisationszugehörigkeit wechseln zu müssen. (Oho-Rufe.) Wenn aber der gelernte Arbeiter aus seinem Betrieb ausscheidet, dann wird er immer dieselbe Berufsarbeit verrichten müssen und er muß daher in seiner Berufsorganisation bleiben. Was der Antrag will, soll, wo es möglich ist, durchgeführt werden. Aber wir wollen uns nicht festlegen. Ein anderer Antrag will eine Revisionsinstanz für die Schiedsgerichte schaffen und man weist zur Begründung auf die Revisionsinstanzen bei den bürgerlichen Gerichten hin. Die Vorstände haben den Antrag bereits abgelehnt und dieser Vergleich trifft auch nicht zu, denn die Schiedsrichter werden ja unseren eigenen Reihen entnommen und sind nicht weltfremd. Auf Grund des Schiedsspruchs in dem Streit zwischen Transportarbeitern und Brauereiarbeitern haben die Transportarbeiter gesagt, daß nun ja auch andere Organisationen kommen und die Überweisung der in ihrem Berufe beschäftigten Transportarbeiter verlangen können. Dazu erkläre ich: Keine Organisation kann aus einem früher in einem bestimmten Fall ergangenen Schiedsspruch Folgerungen für die Zukunft oder für andere Fälle ziehen. (Lebhafte Zustimmung.)

In der Debatte führt Mützel-Rostock (Bauarbeiterverband) aus, daß er den Bestimmungen des Regulativs über die Grenzstreitigkeiten, soweit ihre Wirkungen in Betracht kommen, skeptisch gegenübersteht. Trotz aller Beschlüsse und Verträge versuchen z. B. die Holzarbeiter, Transportarbeiter und auch die Metallarbeiter, nicht zu vergessen die Gemeindearbeiter, Leute, die nur für die Mitgliedschaft beim Bauarbeiterverband in Frage kommen könnten, für sich zu gewinnen. Wenn nicht bestimmt werde, daß in solchen Fällen an die unzuständigen Gewerkschaften keine Beiträge gezahlt werden dürften, nützten alle Beschlüsse nichts. — Döring-Berlin (Transportarbeiterverband) weist diese Angriffe zurück und erklärt, eine Reihe von Fällen anführen zu können, in denen der Bauarbeiterverband den Vertrag nicht eingehalten hat. Der Bauarbeiterverband hätte zunächst einmal Beschwerde erheben sollen, als vor aller Öffentlichkeit angesichts des ganzen Gewerkschaftskongresses derartig schwere Anklagen zu erheben. Der Redner begründet einen Antrag, der eine Revisionsinstanz für die vorgesehenen Schiedsgerichte verlangt. Das erste Schiedsgericht habe bereits den Beweis für die Notwendigkeit einer solchen Revisionsinstanz gebracht. Der Transportarbeiterverband wolle gewiß nicht behaupten, daß dieses Schiedsgericht wider besseres Wissen oder auch nur grob fahrlässig entschieden habe. Wohl aber habe es seinen Spruch gefällt unter Verleugnung der wahren Sachlage, nur um dem Brauerverband aktionsfähiger zu machen. Die Maschine verringere täglich die Zahl der gelernten Brauer und deshalb war es offenbar das Motiv des Schiedsgerichts, die in den Brauereien tätigen Arbeiter aller Berufe dem Brauerverband zuzuführen. Legien hat sich gegen Schlußfolgerungen aus einem Schiedsspruch für andere Organisationen gewendet. Dann werden wir einen ganzen Haufen sich widersprechender Schiedssprüche bekommen. Es muß eine Nachprüfung eines Urteils eines Schiedsgerichts möglich sein.

Schneider-Hannover (Fabrikarbeiterverband) begründet einen Antrag, der die Zuführung der gelernten Arbeiter zu den zuständigen Verbänden der ungelernten Arbeiter verlangt. Die Konzentration der Gütererzeugung, die Entwicklung der Unternehmerverbände und die Fortschritte der Technik verwischen die Grenzen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Dann soll man aber auch nicht auf halbem Wege stehen bleiben und sich für Industrieverbände erklären. Es mag sein, daß die gelernten Arbeiter dann bei einem Wechsel der Stellung immer wieder in eine andere Organisation müssen, und daß dies dem einzelnen persönlich unangenehm ist. Aber das ist noch lange kein Grund, unsere Gewerkschaften nicht den Forderungen des Wirtschaftslebens anzupassen. In den letzten Jahren mehren sich die Stimmen für die Betriebsorganisationen und für Industrieverbände. Auch Adolf Braun hat sich für Betriebsorganisationen ausgesprochen, ebenso der „Vorwärts" in seinem Begrüßungsartikel. Der Uebergang braucht ja nicht von heute auf morgen zu erfolgen. Wo Berufsorganisationen genügen, sollen sie neben Betriebsorganisationen bestehen bleiben. Aber man sollte neue Formen nicht den Weg versperren und gleiches Recht schaffen für gelernte und ungelernte Arbeiter. (Beifall.) — Heckmann-Berlin (Gemeindearbeiter) begründet einen Antrag seines Verbandes, der den Teil des Regulativs, der sich auf die Grenzstreitigkeiten bezieht, zunächst einer Kommission zur Vorberatung überweisen will, und der weiter fordert, daß die Betriebsorganisation mit in das Regulativ aufzunehmen ist. Die Gemeindearbeiter brauchen die Form der Betriebsorganisation, weil die Gemeindebetriebe Monopolbetriebe sind und ohne Betriebsorganisation ein einheitliches Handeln mit den Gemeindeverwaltungen gar nicht möglich ist. Die Gemeindearbeiter der verschiedensten Berufe haben unter sich viel mehr Berührungspunkte, als mit den Arbeitern in der Privatindustrie. Würde die bestehende Zersplitterung der Gemeindearbeiter nicht beseitigt werden, so würden die gegnerischen Organisationen die lachenden Dritten sein. Außerdem würde die Stellung der Arbeitgeber nur gestärkt werden. (Beifall bei den Gemeindearbeitern.) — Schumann-Berlin (Transportarbeiter): Es ist wirklich zu viel von uns verlangt, wenn wir auch diesmal wieder widerspruchslos den Prügelknaben abgeben sollen. Wir stellen uns einfach auf den Rechtsstandpunkt und verlangen nichts weiter, als daß uns gegenüber dieselben Rechtsgrundsätze gelten, wie gegenüber jeder anderen Organisation. Angesichts des Tones, den die oberste Stelle gegen uns anschlägt, braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn unter den Gewerkschaften gegen uns eine Animosität besteht, zu der wir wahrhaftig nicht den Anstoß gegeben haben. (Lachen und Widerspruch.) Diese wenig geschmackvollen Redensarten gegen uns sollten wirklich weniger Lachen als vielmehr Entrüstung hervorrufen. (Sehr wahr!) So handelt man nicht, wenn man an erster Stelle steht, gegen eine Organisation, nachdem man kurz vorher den Friedensengel markierte. (Unruhe.) Jedenfalls wissen wir, welche Nutzanwendung wir hieraus zu ziehen haben. (Zuruf: Was soll das heißen? Wollt Ihr austreten?) Als wir uns mit dem Schiedsgerichtsverfahren einverstanden erklärten, da haben wir allerdings an ein solches Urteil nicht denken können. Wir glaubten bisher immer, daß organisatorische Grundsätze, die von Gewerkschaftskongressen aufgestellt und wiederholt unterstrichen worden sind, durch ein Schiedsgerichtsurteil nicht über den Haufen geworfen werden könnten. Das mußte doch Verbitterung in unseren Reihen erzeugen und die Ueberzeugung wachrufen, daß hier einseitig gegen die Transportarbeiter vorgegangen würde und daß man sie möglichst hart in einer Weise treffen wollte, die allen bisherigen Rechtsgrundsätzen ins Gesicht schlug. Wir sehen in dem Schiedsspruch einen Fehlspruch und eine Rechtsverletzung. Wir wollen die Schiedsrichter nicht verunglimpfen, aber wir müssen ihren Spruch so scharf kritisieren, damit eine Wiederholung nicht zu befürchten ist. Dem Schiedsspruch fehlt sogar eine Begründung. Die Schiedsrichter haben sich von einem falschen Mitleid gegen eine kleine Organisation leiten lassen. Legien sei auch gesagt, daß dieser Schiedsspruch anderen Organisationen den Weg gezeigt hat für ein ähnliches Vorbild, und ich würde es diesen anderen Organisationen sehr verdenken, wenn sie sich das nicht zunutze machen würden. Wenn man nun noch begreifen könnte, daß aus Gründen der Schlagfertigkeit de Brauerverbandes die Bierfahrer der Brauereien ihm zugewiesen werden, so ist der Spruch, soweit die Fahrer der Bierniederlagen in Frage kommen, überhaupt nicht zu verstehen, denn die Bierniederlagen sind keine Brauereibetriebe, sondern Handelsniederlassungen. Wir erwarten, daß der Kongreß zum Ausdruck bringt, daß keiner Organisation Rechte genommen werden können, die sie sich durch jahrelange treue Solidarität erworben hat. Einheitliches Recht muß für alle bestehen und der Grundsatz Treue um Treue muß auch für den Transportarbeiterverband gelten. (Beifall bei den Transportarbeitern.) — Körner-Harburg und Hartleib-Hannover (Fabrikarbeiter) treten für Industrieverbände und für Betriebsorganisationen ein. Gerade die Tatsache, daß die Gelben die Schaffung von Großindustrieverbänden fürchten, müßte ein Maßstab dafür sein, wie recht die Anhänger dieser neuen Organisationsform haben. — Weh-Düsseldorf (Metallarbeiterverband) begründet einen Antrag, wonach drei Monate nach Uebergang zu einem anderen Berufe der Uebertritt in die zuständige Organisation erfolgen muß.

Die weitere Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt.

Der Vorsitzende Schlicke bringt zum Schluß eine Erklärung der Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte" zur Verlesung gegen die Angriffe, die am Montag Genosse Faaß vom Landarbeiterverband gegen den Genossen Dr. Arthur Schulz gerichtet hat. In der Erklärung heißt es, daß Dr. Schulz mit seiner Kraft der Taktik des Landarbeiterverbandes nur diesem Verband habe einen Dienst erweisen wollen und sich nur von der Ueberzeugung habe leiten lassen, daß die Befolgung seiner Ratschläge für den Landarbeiterverband vorteilhaft sein würde. Die Erklärung wendet sich noch insbesondere dagegen, daß der „Vorwärts" die Angriffe Dr. Schulz' durch gesperrten Druck hervorgehoben habe. Schlicke konstatierte, daß nun auch die andere Seite zu Worte gekommen sei und daß dieser Streit für den Kongreß damit erledigt sei.

Aus der Partei.

Russisches aus Königsberg. In Königsberg findet am Donnerstag eine Protestversammlung gegen die russischen Gefängnisgreuel statt. Die Plakate zu der Versammlung, die vom Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands geliefert sind, wurden von der Königsberger Polizei beanstandet. Auf den Plakaten befindet sich das künstlerisch hergestellte Antlitz eines russischen Arbeiters. Dieses Bild duldet die Königsberger Polizei nicht. Das Plakat ist bereits in Berlin, München, Frankfurt a. M., ohne polizeiliche Bedenken zu erregen, ausgehängt worden. Die beanstandete Stelle des Plakats soll jetzt geld überklebt und mit einem Trauerrand versehen werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Maler und Anstreicher in Koblenz beendet. Nach achtwöchiger Dauer ist der Streik zu Ende geführt. Es gelang zwar nicht, einen vollen Erfolg zu erzielen, aber immerhin wurde ein ganz bedeutender Teilerfolg errungen, indem mit 35 Unternehmern mit 150 Gehilfen Sonderverträge abgeschlossen wurden. Der Widerstand der organisierten Unternehmer konnte deshalb nicht ganz gebrochen werden, weil die Konjunktur nach Pfingsten im Malergewerbe, besonders im Rheinland, erheblich zurückgegangen ist. Immerhin haben vier organisierte Unternehmer den Tarif anerkannt, während noch neun bestreikt wurden, die etwa 70 Gehilfen vor dem Streik beschäftigten. Bei dem Kampf handelte es sich weniger um die Höhe des Lohnes (die bestreikten Unternehmer zahlten den geforderten Lohn von 50 ₰ dieses Jahr und 51 ₰ nächstes Jahr bereits) als um die Abschließung eines Tarifes, den die Unternehmer strikte ablehnten.

Löhne städtischer Arbeiter. Bei Beratung und Feststellung des Haushaltsvoranschlages der Stadt Mainz wiesen unsere Genossen auf die Entlohnung und Arbeitszeit der städtischen Arbeiter hin. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 78 Stunden. Von 200 Arbeitern erhielten 30 Arbeiter nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn und das seien Arbeiter, die fast 8, 10 und 30 Jahre im Dienste der Stadt ständen. Solche Jammerlöhne müßten verschwinden. Die Stadtverwaltung wird veranlaßt werden, hier Remedur zu schaffen.

Damen in dem großen Gastzimmer, das unmittelbar in den Saal hineinführte; hier dampften die Punschbowlen auf zwei langen Tafeln. Die Herren aber, die durch kein weibliches Wesen gebunden waren, erschienen hinten im Kartenzimmer, wo an diesen Abenden freilich nie gespielt wurde. Von den Honoratioren erschienen einige an Axels Runde; auch der Zahnarzt kam. Er war von Natur und aus Grundsatz ohne weiblichen Anhang. Die französische Witwe begann auch an den Nebentischen eine sehr belebende Rolle zu spielen. Das einmal gegebene Beispiel wirkte. Das Antlitz des Referendars lachte wie in einer siegreichen Schlacht; so tadellos war die Stimmung lange nicht gewesen. Ohlsen feuerte seine Genossen durch belebenden Zuruf an. Man mußte beizeiten eifrig sein, wenn das Ganze nicht wie ein schöner Traum vorüberrauschen sollte. Außerdem glänzte er vor Wonne, weil er in der tonangebenden Runde saß. Auch Lorenz Asmussen erschien auf einen Augenblick, um aber gleich wieder zu Dagmar zurückzukehren. Er freute sich über die ausgelassene Stimmung der trinkenden Herren. Er selber war einmal für die Stille geschaffen. Es widerstand ihm auch, die Ruhe der Nacht durch Gelang zu stören. Er wollte unauffällig mit Dagmar verschwinden.

In dem gewöhnlichen Gastzimmer, daß auf die Straße hinausführte, war es an diesem Abend menschenleer. Der alte Vater des Wirtes hielt hier die „Stallwache", wie die Bewohner sich auszudrücken pflegten. Im Laufe des Abends kam höchstens dann und wann ein Dienstmädchen, das für eine der Damen einen vergessenen Gegenstand abzugeben hatte. In den späten Abendstunden kam niemand mehr. Der alte Wirt saß gähnend am Tisch. Er sehnte sich nach seinem Schlaf; aber es schien noch lange dauern zu sollen.

Im Büfett hand Axels Kutscher bei einem Grog. Er begriff nicht recht, was in seinen Herrn gefahren war. Um zwei Uhr war er bestellt, er wartete bereits eine Stunde und Axel kam noch immer nicht. Glücklicherweise hatte er die Pferde so mit Decken versehen, daß ihnen die Nachtluft nichts anhaben konnte. Ihm selber konnte in der warmen Stube ja nichts geschehen. Den Grog trank er gelassen auf Axels Rechnung.

Ein heller Jubel drang aus dem Kartenzimmer her.

„Die sind nicht schläfrig," sagte der Kutscher.

„Aber ich," meinte der Wirt und gähnte lange und herzhaft.

„Es scheint sehr feucht herzugehen."

„Das will ich meinen. Euer Axel hat ja gleich mit Sekt angefangen."

„Steigt das im Grunde sehr zu Kopfe?"

Der Wirt lächelte überlegen. „Wenn man erst damit angefangen hat, kommt man so bald nicht wieder heraus."

Das Auge des Kutschers begann zu leuchten; es stieg plötzlich eine Hoffnung in ihm auf. Die Leute der Werft hatten alle Sehnsucht, Axel einmal gehörig betrunken zu sehen. Es ging die Sage, daß man ihn vor vielen Jahren einmal auf einem Stiftungsfeste der Werft in der Tat klein gekriegt hatte. Aber damals waren freilich auch andere Kerle auf der Werft als heute, pflegten die älteren Arbeiter hinzuzusetzen, wenn sie davon erzählten. Außerdem behauptete der alte Arbeiter, der seit einigen Jahren in den Stall gesteckt worden war, daß er in diesem Punkte mit Axel einmal eine sehr interessante Fahrt gehabt hatte. Es war besonders dieser Umstand, der den neuen Kutscher wurmte. Wenn er einmal ein Erlebnis erzählen wollte, kam der alte großschnauzige Kerl gleich mit dieser Geschichte und eine solche hatte er nun einmal nicht erlebt. Ob es ihm heute abend nicht gelingen sollte?

Es wurde nach und nach im Kartenzimmer stiller.

Einer nach dem andern kam durch das Gastzimmer und verschwand.

Um vier Uhr kam Axel, sehr weingerötet. Er war bereits in Pelz und Zylinder und wankte diskret, als er sich eine Zigarre für den Heimweg anzuzünden begann.

Der Kutscher triumphierte; daraus ließ sich bei einiger Phantasie schon etwas machen.

„Was ich sagen wollte," begann Axel, indem er sich immer noch mit der Zigarre abmühte, „ich lasse meinen Wagen wieder zurückkommen."

Der Wirt war aufgestanden.

„Stecken sie den alten Septimus hinein und meinetwegen auch den Referendar, wenn er mitgehen will."

„Der geht sicher nicht," sagte der Wirt mit einem leichten Seufzer, „der ist noch nie gegangen."

„Ich sage es auch mehr um der Vollständigkeit willen. Legen Sie ihn in irgendein Fremdenbett. Es braucht aber kein Frauenzimmer in der Nähe zu sein."

„Hi," sagte der Kutscher und verschluckte sich an seinem Grog. Axel konnte gute Lehren geben.

„Mein lieber Christian," — Axel wankte ein wenig — „wie viele Grog hast Du schon auf meine Rechnung getrunken? Packe Dich auf den Bock, mein Freund! Es ist die höchste Zeit."

Christian ging seelenvergnügt hinaus; das war ein Witz, den er morgen erzählen wollte.

Die Pferde fuhren mit einem wilden Sprunge nach vorn, als die Peitsche knallte. Sie hatten sehnsüchtig auf diesen Moment der Erlösung gewartet. Axel hatte den bloßen Kopf in die hellgrauen Polster zurückgelehnt. Er träumte vor sich hin. Er wollte im Arbeitszimmer noch eine Zigarre rauchen; ein Kognak würde auch keinen Schaden tun; er wollte den Abend noch einmal überdenken und genießen. Der Abend war es wert . . .

Am nächsten Tage ging ein allgemeiner Kater durch das Städtchen. Die frische klare Schneeluft wurde von den Herren als eine besondere Wohltat empfunden; auch die jüngeren Elemente unter den Damen hatten eine nicht geringe Ballmüdigkeit in den Gliedern. Die Stimmung war auf der ganzen Linie heiter; der Ball war seit langem nicht so angeregt verlaufen. Die Folgen wurden mit Galgenhumor ertragen.

„Mit Gottes Hilfe und einigen Schnäpsen erholt man sich wieder," sagte der Referendar, der unten bei Asmussen auf dem Pferdemarkt saß. Er war bereits um zehn Uhr erschienen, obwohl er von dem alten Wirt erst um sieben Uhr ins Bett gebracht worden war. Er hatte sogar versucht, auf dem Gericht seine bewährte Tätigkeit aufzunehmen. Der alte Rat hatte ihn aber hinausgeworfen, als er noch kaum seine verkaterte Nase ins Zimmer gesteckt hatte. Darauf war er in die gastlichen Räume am Pferdemarkt geflohen.

In der Gaststube summte und schwirrte das Gespräch. Alle Tische waren besetzt. Die Feststimmung war noch nicht zur Ruhe gekommen. Asmussen und die Dienstmädchen hatten beide Hände voll zu tun. Dagmar selber schlief noch, dafür aber wurden die delikaten Bissen, die sie eingeführt hatte, um so heftiger begehrt.

„Ihr Geist geht durch die Räume," meinte der Provisor.

„Rindvieh," dachte der Referendar; aber er sagte es nicht; er spekulierte im stillen auf einige Apothekerschnäpse.

Endlich kam der Zahnarzt.

„Kommet her zu mir, die ihr mühselig und beladen seid!" Der Referendar war begeistert aufgesprungen. Der Provisor fiel ihm seit einiger Zeit auf die Nerven.

„Patienten," knurrte der Zahnarzt und hängte seinen Überzieher an den Kleiderständer, „die kommen selten, und wenn sie kommen, kommen sie immer ungelegen. Wieviel Zeit habe ich verloren?"

„Eine Stunde," konstatierte der Referendar und sah nach der Wanduhr hinüber.

„Hols der Teufel!"

Nach wenigen Minuten kam Dagmar und die Stimmung erklomm mit einer allgemeinen stürmischen Begrüßung den Höhepunkt. Sie wurde wegen ihres langen Schlafens weidlich gehänselt.

„Was reden Sie von einer Stunde," sagte der Zahnarzt indigniert, „wenn Dagmar eben aufgestanden ist?"

Der Provisor sendete ihm einen dankbaren Blick.

(Fortsetzung folgt.)

Verbandstag der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands. Am Sonntag und Montag hielten die katholischen Arbeiter- und Knappschaftsvereine Westdeutschlands in Essen ihren 10. Verbandstag ab. Die Entwickelung des Verbandes zeigt folgendes Bild:

	Vereine	Mitglieder
1902	311	63 700
1904	344	73 530
1907	720	130 000
1910	961	171 302
1913	1210	220 290

Im letzten Jahre betrug der Zuwachs an Mitgliedern 17 245, davon entfallen 8000 auf bestehende, der Rest auf neue Vereine. Der Verband erstreckt sich auf die Diözesen Köln, Münster, Paderborn, Osnabrück, Hildesheim, Fulda, Lüneburg und Mainz. In Rheinland-Westfalen soll ein Drittel der katholischen Arbeiter dem Verband angehören. Unter den Mitgliedern befinden sich 43 951 Metallarbeiter, 30 147 Bergarbeiter, 15 198 Textilarbeiter und 19 043 Bau- und Holzarbeiter. Gewerkschaftlich organisiert sind 29,1 % der Mitglieder. Nach einer anderen Mitteilung desselben Geschäftsberichts sind 55 000 Mitglieder gewerkschaftlich organisiert, das wären nur 25 %. Das Verbandssekretariat (Sekretär Weyer und Giesberts) bildet mit den 55, zum Teil vom Volksverein für das katholische Deutschland unterhaltenen Arbeitersekretariaten zugleich eine lose Vereinigung zur Vertretung der Arbeiterzentrumswähler im öffentlichen Leben; das Komitee katholischer Arbeiter Westdeutschlands für öffentliche Angelegenheiten, das in allen wichtigen politischen Fragen die Wünsche der Arbeiterzentrumswähler den gesetzgebenden Körperschaften oder auch den Parteien übermitteln soll. Außer 13 117 regelmäßigen Versammlungen wurden 1913: 872 Versammlungen für die Frauen der Mitglieder und 509 Elternabende veranstaltet, ferner 348 politische Kurse, außerdem studentische Arbeiterkurse, von denen allein in der Diözese Köln 118 mit 3450 Teilnehmern stattfanden. Die Tagung nahm Anträge an: Gegen den raschen Wechsel der Schulbücher, gegen die Zechenstillegungen und für die soziale Studentenarbeit. Von besonderer Wichtigkeit ist das offizielle Eingeständnis des Verbandstages, daß die Reichsversicherungsordnung unzulänglich sei. Eine Entschließung erklärt die Witwen- und Waisenversorgung angesichts der dafür erhobenen hohen Beiträge wie aus volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus für ungenügend, verlangt die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre und beauftragt den Verbandsvorstand, eine Sachverständigenkommission einzusetzen, die in Verbindung mit dem Ausschuß des christlichen Arbeiterkongresses Abänderungsvorschläge den gesetzgebenden Körperschaften vortragen soll.

Verständigungen zwischen Christlichen und Gelben? Weil der Kruppsche „Werkverein" eine falsche Nachricht gebracht hatte, daß ein Vikar in Essen im Beichtstuhl einen jungen Arbeiter vor dem gelben Werkverein gewarnt habe, protestierten die katholischen Arbeiter in einer großen Versammlung dagegen. Trotz temperamentvoller Diskussion, an der die Sekretäre der Gelben sich beteiligten, brachte die Versammlung doch nicht den Mut auf, entschieden Stellung gegen die Gelben zu nehmen; eine einstimmig angenommene Entschließung wünscht und erwartet, daß von der Gegenseite ein Weg zu einer loyalen Verständigung im Interesse des Friedens gefunden werde. Die katholischen Arbeiter beanspruchten „das volle Recht und die volle Freiheit, mit wirtschaftlichen und sozialen Gründen das System der Werkvereine zu kritisieren und ihre Mitglieder in althergebrachter Weise auf die christliche Gewerkschaftsbewegung hinzuweisen." Diese Entschließung ist sehr interessant als Symptom dafür, daß eine Annäherung zwischen Christlichen und Gelben sich vorbereitet.

Scharfmacherei in einem Bassermannschen Betrieb. Wieder müssen wir uns mit der industriellen Tätigkeit des Herrn Bassermann beschäftigen. Die von ihm aufsichtsrätlich geleitete Rheinische Schuckertgesellschaft hat, wie von uns schon festgenagelt, mit dem Elektrizitätswerke der Stadt Trier — im Trierer Rathause herrscht das Zentrum! — einen Pakt geschlossen, der den Arbeitern mit der Hungerpeitsche die Freizügigkeit austreiben will. Herr Bassermann hat alle Ursache, wenn man nicht seine politische Stellung als bedenklich zu betrachten gezwungen werden soll, schleunigst Remedur zu schaffen. Es sei daran erinnert, daß Herr Bassermann in seiner sehr bekannt gewordenen Rede über die deutsche Sozialpolitik am 29. Februar 1912 bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern sehr energisch gegen alle Scharfmacherallüren angekämpft hat. Er sagte unter anderem: „Die deutsche Sozialpolitik weist eine glänzende Entwickelung auf .... Diese Entwickelung ist auch keineswegs allein der Sozialdemokratie zuzuschreiben, wenn ich auch objektiv genug bin, ihr Drängen anzuerkennen. Heute ist die Sozialpolitik einfach eine Staatsnotwendigkeit geworden. In einem Staate, der sie vernachlässigt, müßte es zu Unruhen und Katastrophen kommen. Die Ausführungen des Reichsvereinsgesetzes ist vielfach mangelhaft, wenn einmal von der Zentralinstanz mit der Faust auf den Tisch geschlagen würde, würde in kurzer Zeit Remedur eintreten. Der Organisationsgedanke hält auf der ganzen Linie seinen Siegeszug .... Der Staat darf vor einer solchen Entwickelung ebenso wenig wie vor den 4¼ Millionen sozialdemokratischen Wählern die Augen schließen. Eine Gewaltpolitik, wie sie von einzelnen Scharfmachern verlangt wird, ist ein frivoles Spiel mit den Interessen des Reichs. Alle solche Maßnahmen, wie Einschränkung des Wahlrechts, der Preßfreiheit, des Koalitionsrechts, sind nur geeignet, böses Blut zu machen. Die Folge eines gewaltsamen Vorgehens, wobei das Blut von Volksgenossen fließt, wäre eine Periode von Attentaten." — So sprach Bassermann im Reichstag, man vergleiche damit, was in der von ihm geleiteten Rheinischen Schuckert A. G. in der Behandlung der Bauleiter und Monteure möglich geworden ist. Das ist eine Einschränkung des Koalitionsrechtes, die geeignet ist, böses Blut zu machen. Wir wünschen sehr, daß Herr Bassermann als Zentralinstanz in seinem Betriebe einmal mit der Faust auf den Tisch schlägt. Für seinen Ruf als Parlamentarier und Politiker ist das sehr notwendig.

Die Waffen nieder!

Die Führerin der bürgerlichen Friedensbewegung, Berta Suttner, die, wie wir schon mitgeteilt haben, am letzten Sonntag 70jährig in Wien gestorben ist, hat sich durch ihr Wirken die tiefste Achtung auch derer gesichert, die ihre Auffassungen in vielen Punkten nicht teilen. Nur die Philister um Felix Dahn, die urteutonischen Biertischhelden und Eisenfresser, haben über die „Friedensberta" gewitzelt, oder über den „femininen", frauenhaften Zug gestöhnt, der nicht zuletzt durch das Werk dieser Frau in unsere Zeit gebracht worden sei. „Die Waffen hoch, das Schwert ist Mannes eigen, wo Männer kämpfen, hat das Weib zu schweigen", das war noch lange nicht die schlimmste der gereimten und ungereimten Pöbeleien, denen diese tapfere und vornehme Frau zeit ihres Lebens ausgesetzt gewesen ist. Aber sie hats nicht angefochten, sondern sie hat es, obgleich durchaus keine Marxistin, wie Marx mit dem Dämonwort gehalten, ihren Weg zu gehen und die Leute reden zu lassen.

Von den großen Kulturidealen der Arbeiterbewegung hat sie nur eins geteilt: den Krieg aus der Welt auszurotten; ihm aber hat sie mit Leidenschaft ihre ganze Kraft hingegeben. Mit dieser Begrenzung oder, wenn man will, Beschränkung waren auch die engen Grenzen ihrer Erfolgmöglichkeit gegeben. Aristokratin von Geburt, Schriftstellerin aus Not und innerem Beruf, kannte sie nur die Welt der obern Zehntausend und der Intellektuellen, und auf dieses dürre Land hat sie mit unermüdlicher Geduld die Saat ihrer menschenfreundlichen Lehren gestreut. Sie glich darin den großen Utopisten des Sozialismus, die gleichfalls die erst im Werden begriffene tiefste Wurzel ihrer Ideenkraft nicht kannten, sondern von der Güte und Einsicht der Herrschenden die Umkehr zum Besseren erwarteten. Wie nach der berühmten Anekdote Fourier auf den Millionär wartete, der ihm die Einrichtung seines ersten Phalanstères ermöglichen sollte, so wartete sie auf den Kaiser, der ihren Traum verwirklichen und den Frieden in die Welt bringen sollte. Ihre Gutgläubigkeit reichte eine Zeitlang so weit, in dem Zaren Nikolaus den ersehnten Helden und Retter zu erblicken.

Solchen kindlichen Optimismus hat man als Politiker zu bekämpfen, ohne ihm die menschliche Achtung zu versagen. Berta Suttner war durchdrungen von der Überzeugung, daß man die sittliche Verwerflichkeit des Krieges nur nachzuweisen brauche, um alle Menschen zu Gegnern des Krieges zu machen, und diese Überzeugung gab ihr die Kraft zu ihrem berühmten Buch „Die Waffen nieder!", dessen Erscheinen vor 24 Jahren wirklich ein bedeutendes Ereignis gewesen ist.

Zu jener Zeit, am Ende des Sozialistengesetzes, befanden sich die Geister in Gärung: eine moderne Literatur war im Entstehen begriffen, die den alten verblaßten Idealen den Rücken kehrte und eine radikale „Umwertung aller Werte" vornahm. In diese Zeit fiel das Buch der österreichischen Baronin wie ein Feuerbrand, und die Friedensliebe, die es predigte, wirkte durchaus nicht als ein Evangelium der Verweichlichung und Schwächlichkeit, sondern ganz im Gegenteil als eine unerhört mutige scharfe Kriegserklärung an den stärksten Geist der Zeit, an den Militarismus. Der Geist von 1871 war damals noch ganz anders lebendig als heute. Das deutsche Volk hatte in seinem geistigen Leben dem Sieg einen furchtbaren Tribut bezahlt. Während die wirtschaftliche Entwickelung die wunderbarsten Fortschritte machte, sank die künstlerische, literarische und politische Kultur auf einen seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr erlebten Tiefstand. An der leider nur sehr teilweise erfolgreichen Revolution der Moderne gegen diesen beschämenden Zustand war Berta Suttner in hohem Maße beteiligt. Da ihr Buch seitdem unzählige Nachfolger gefunden hat und seine sittliche Grundtendenz heute im Munde, wenn auch nicht im Herzen aller Diplomaten ist, kann man sich heute nur noch schwer vorstellen, wie es damals als einzelnes und Vorläufer gewirkt hat. Dieses Verdienst der Aufrüttelung soll Berta v. Suttner unvergessen bleiben.

Die späteren Wirkungen, die das Buch und das in seinem Sinne fortgesetzte Streben der Verfasserin erzielt hat, lassen sich mit jenem ersten Erfolg nicht vergleichen. Weil die bürgerliche Friedenstendenz nicht einer kämpfenden Klasse entsprang, sondern satten, zufriedenen Schichten, verlor sie die scharfen Angriffslinien, die sich in ihrem ersten literarischen Vorstoß geäußert hatten. Der Ruf nach Frieden wurde versöhnlich, verträglich und predigerhaft. Weil ihm die Wucht der Masse fehlte, versuchte er es mit der gütlichen Überredung der Mächtigen. Und durch diese Verkennung der Ursachen, aus denen alles geschichtliche Werden entspringt, setzte er sich allerdings manchem nicht unberechtigten Spott aus.

Die moderne Literatur machte ihren Frieden mit den Mächtigen, die Bewegung für ethische Kultur verlief im Sand, und die Bourgeoisie wurde von der Welle des Imperialismus ergriffen, der im Namen des größten Profits nach dem größern Deutschland schrie. Der Zar des Friedensmanifestes ward zum Verlierer eines von seinen Kreaturen angezettelten Weltkrieges und fand für die Niederlage seine Genugtuung darin, die Besten seines eigenen Volkes hängen zu lassen. Und jedesmal, wenn die Kriegsfurie raste, erhoben sich die Apostel der kapitalistischen Gewalttheorie und wiesen höhnend auf die Prediger der allgemeinen Völkerversöhnung hin, die noch immer an ihre Lehre glaubten.

Berta v. Suttner verlor indes ihren Glauben nicht und hörte nicht auf, ihr Werk unermüdlich weiter zu treiben. Wenn sie dabei nicht zur kämpfenden Sozialistin wurde, so erklärt sich dieser Mangel an Entwicklungsfähigkeit vielleicht nur daraus, daß sie schon als Fertige, als 47jährige Frau, in die von ihr geschaffene Bewegung trat und daß sie auch auf jene nicht zahlreichen, aber mitunter einflußreichen Kräfte nicht verzichten wollte, die außerhalb der Arbeiterbewegung für die Sache des Friedens tätig sind. Auf den engern Kreis ihres Wirkens beschränkt, konnte sie keine Vorkämpferin der Arbeiterbewegung werden, obwohl sie niemals ihre Gegnerin gewesen ist.

Nicht der kleine Kreis, der sich um Berta Suttner gruppierte, sondern das organisierte Proletariat ist heute die stärkste Kraft des Friedens in der Welt. Und nicht aus angeborener Großherzigkeit der Gesinnung, sondern in Erkenntnis seines Klasseninteresses ist das Proletariat dazu gekommen, den Militarismus als die stärkste Waffe der herrschenden Klasse zu bekämpfen. Aber die sittliche Idee und die sittliche Persönlichkeit verlieren ihren Wert dadurch nicht, daß die gegebenen Verhältnisse ihre Wirksamkeit bedingen und beschränken. Mit Berta v. Suttner ist eine bedeutende Erscheinung aus den Reihen der Lebenden geschieden, und die achtungsvolle Sympathie der Massen, die sie auf ihrem Lebensweg begleitet hat, wandelt sich an ihrem Grabe zu aufrichtiger Trauer.

Aus dem Gerichtssaal.

Der beleidigte Zuhälter. Vor der Kölner Strafkammer begann am Dienstag der Beleidigungsprozeß gegen den Genossen Beyer von der „Rheinischen Zeitung", der den aus dem Deutzer Landfriedensbruchprozeß bekannten, vielfach vorbestraften Robert Hauptmann durch die Bemerkung, Hauptmann sei ein notorischer Zuhälter und ein Steckbrief des Staatsanwalts sei hinter ihm her, in seiner Ehre gekränkt haben soll. Es ist dies die sechste Klage, die von Amtswegen wegen Beleidigung dieses Menschen gegen Redakteure der „Rheinischen Zeitung" eingeleitet wurde. Der jetzigen Anklage liegt folgendes zugrunde: Am 25. Juni 1913 verurteilte die Kölner Strafkammer die Redakteure Franke und Beyer zu sechs Wochen Gefängnis bezw. 200 Mark Geldstrafe. Es handelte sich hier, wie das Gericht selbst anerkannte, um völlig objektive Berichte über Gerichtsverhandlungen, in denen Hauptmann und seine Frau, eine fünfmal wegen Gewerbsunzucht und Erpressung vorbestrafte Person, eine sehr üble Rolle spielten; unter anderem wurde festgestellt, daß die Frau des Hauptmann ihren Mann öffentlich vor Zeugen anschuldigte, in dem bekannten Deutzer Landfriedensbruchprozeß einen Meineid geschworen und den Gewerkschaftsbeamten Fröhlich ins Gefängnis gebracht zu haben. Vierzehn Tage später, am 11. Juli 1913, stand das Pärchen wegen schwerer Kuppelei und Zuhälterei vor der Strafkammer, wurde aber mangels Beweises freigesprochen; der Staatsanwalt beantragte drei und neun Monate Gefängnis. Am nächsten Tage erhielt Hauptmann wegen Versicherungsbetrugs fünf Monate Gefängnis, während ihn der Staatsanwalt wegen besonderer „Gemeingefährlichkeit" auf ein Jahr ins Zuchthaus schicken wollte. Im August 1913 wurde dann Hauptmann wegen schwerer Kuppelei und Zuhälterei aufs neue angezeigt; die Staatsanwaltschaft teilte mit, Hauptmann sei nicht aufzufinden, es sei aber ein Steckbrief gegen ihn erlassen worden. Am 17. März stand vor dem Reichsgericht die Revision gegen das Urteil vom 25. Juni 1913 an. Der Reichsanwalt meinte, man könne über die Gerechtigkeit dieses Urteils im Zweifel stehen und beantragte Aufhebung der Entscheidung gegen Beyer. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Berufung, indem es erklärte, auch erweislich wahre Gerichtsberichte seien strafbar, wenn sie in der Absich veröffentlicht würden, jemanden in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Die „Rheinische Zeitung" kritisierte dieses Urteil, weil es die Rechte der Presse beeinträchtige, und schrieb wahrheitsgetreu: „Wegen eines notorischen Zuhälters wie Hauptmann, hinter dem der Steckbrief des Staatsanwaltes her sei, müßte nun ein Ehrenmann auf sechs Wochen ins Gefängnis, ein anderer 200 Mark Geldstrafe zahlen." Hauptmann war inzwischen in Aachen verhaftet worden; im Gefängnis gelangte er in den Besitz der „Rheinischen Zeitung" und stellte Strafantrag gegen den Genossen Beyer, den der Erste Staatsanwalt von Amtswegen schleunigst aufgriff. Das Heitere bei der Sache ist noch, daß sich inzwischen zwei neue Kapitalsachen gegen den Hauptmann vorbereitet haben: Am 30. Juni steht wieder ein Termin gegen ihn vor der Aachener Strafkammer an, und in einem weiteren Verfahren wegen schwerer Kuppelei und Zuhälterei sind bereits die Zeugen im Ermittelungsverfahren vernommen worden!! Der Angeklagte wird von den Rechtsanwälten Genossen Heine (Berlin) und Paul von Coellen (Köln) verteidigt; es sind etwa zwanzig Zeugen, fast durchweg Zeugen des Angeklagten, geladen. Die Verteidigung hatte den Vorsitzenden der dritten Kammer, Landgerichtsrat Clemens, und zwei Beisitzer wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt, weil diese bei dem kritisierten Urteil vom 25. Juni 1913 mitgewirkt hatten. Der Ablehnungsvertrag wurde jedoch für unbegründet erklärt.

Die Verhandlung gegen den Genossen Beyer wurde von Dienstag mittag bis spät in die Abendstunden verhandelt. Der Angeklagte wies bei seiner Vernehmung darauf hin, daß er nur die Härte seiner und Frankes Verurteilung wegen eines Zuhälters — des Zuhälters der eigenen Frau — kritisieren wollte. Die Strafliste des Hauptmann, dem der Staatsanwalt nun schon zum sechsten Male seinen Schutz verleiht, ergab folgendes reizende Bild: Im Jahre 1902 wegen Unterschlagung 100 M; 1904 wegen Untreue drei Monate Gefängnis und 100 M Strafe; 1905 wegen Betrugs drei Wochen Gefängnis; 1907 wegen Betrugs und Unterschlagung zehn Wochen; 1906 vom Oberkriegsgericht sechs Monate und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes; 1908 wegen Beleidigung einen Monat, 1908 wegen Betrugs vier Monate Gefängnis; 1908 wegen Unterschlagung fünf Monate Gefängnis; 1910 wegen Unterschlagung sechs Monate Gefängnis; 1911 wegen Betrugs zehn Monate Gefängnis; 1913 wegen schwerer Urkundenfälschung fünf Monate Gefängnis. Frau Hauptmann, die Beyer früher beleidigt haben sollte, wegen der Gänsefüßchen bei dem Worte „Gattin", ist seit dem Jahre 1892 fünfzehnmal wegen Gewerbsunzucht, Erregung öffentlichen Ärgernisses, Erpressung usw. bestraft. In der Verhandlung, die zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ergab sich zur allgemeinen Verblüffung der Richter, daß der Angeklagte das Zuhältertum des Hauptmann, das die Staatsanwaltschaft trotz langwieriger Untersuchung nicht hat beweisen können, mit erdrückendem Material nachweisen konnte. Es traten eine lange Reihe von Zeugen auf, die bekundeten, daß sich zwischen ihnen und der Frau Hauptmann unter Billigung ihres Mannes intimste geschlechtliche Vorgänge abgespielt haben. Wiederholt war bei Dingen, die nicht einmal angedeutet werden können, der saubere Gatte als Zuschauer oder Schmiere Stehender dabei, der hinterher das Geld einstrich. Eine Zeugin bekundete, die Frau Hauptmann habe ihr erzählt, ihr Mann schicke ihr jetzt sogar in Aachen (wo Hauptmann sitzt) Gefängnisaufseher aus dem Gefängnis zu, damit sie sich bei ihr amüsieren sollen, tatsächlich kam auch einer mal zu ihr. Dieselbe Zeugin gab an, daß sich die Frau Hauptmann stets ihrer guten Beziehungen zur Polizei gerühmt habe. Einmal erwischte die Zeugin einen Schutzmann bei der Frau Hauptmann in zärtlicher Umarmung, und als sich der Schutzmann überrascht sah, drohte er der unliebsamen Störerin mit einer Anklage wegen Hausfriedensbruchs! Die Frau Hauptmann rühmte sich auch, als die Artikel in der „Rheinischen Zeitung" erschienen: „Es dauert nicht lange, da kriegt mein Mann auch die Zeitung ins Gefängnis, da sorgt schon die Aachener Kriminalpolizei dafür." In der Tat hat der Zuhälter Hauptmann die beiden Nummern der „Rheinischen Zeitung" auf unaufgeklärte Weise ins Gefängnis erhalten. Die Frau Hauptmann hat der Zeugin auch erzählt, Hauptmann habe im Deutzer Landfriedensbruchprozeß den Gewerkschafter Fröhlich durch einen Meineid ins Gefängnis gebracht. Eine lange Reihe weiterer Zeugen bekundeten immer wieder, daß Hauptmann ein Zuhälter und Kuppler und seine Frau eine Lohndirne sei, die ein ganz verworfenes Leben führten. Trotzalledem aber hielt der Staatsanwalt seine Anklage auf Beleidigung dieses Menschen aufrecht und beantragte 100 Mark Geldstrafe gegen Beyer. Es handle sich weniger um die Ehre des Hauptmann, der der Zuhälterei tatsächlich dringend verdächtig sei, sondern um die fortgesetzte Auflehnung gegen Sprüche des Gerichts. Hauptmann habe im Deutzer Landfriedensbruchprozeß nicht die wichtige Rolle gespielt, die ihm die „Rheinische Zeitung" andichte. Rechtsanwalt Heine beantragte Freisprechung und Uebernahme aller Kosten auf die Staatskasse. Er beleuchtete, welche Folge es für die Presse habe, wenn sie nicht mehr wahrheitsgetreu über Gerichtsverhandlungen berichten könne. Hauptmann sei doch nun einmal ein berüchtigter Zuhälter und könne nicht deshalb, weil er der Staatsanwaltschaft einmal als ein Belastungszeuge gedient habe, nun für sein ganzes Leben davor geschützt werden, daß man ihm sage, was er in Wirklichkeit ist. Wäre der Zuhälter Hauptmann für Fröhlich ein Entlastungszeuge gewesen, so würde sich die Staatsanwaltschaft seiner wahrscheinlich nicht so angenommen haben. Heine erinnerte daran, daß selbst bei Beleidigungen von Reichstagsabgeordneten die Staatsanwaltschaft schon die Erhebung einer öffentlichen Anklage abgelehnt habe, so, als unserem Genossen Fischer vorgeworfen wurde, er habe sich schmieren lassen. Hier aber erhebe sie für einen Zuhälter seiner eigenen Frau sechsmal Anklage!! Der Kölner Rechtsanwalt v. Coellen wies nach, daß Hauptmann im Deutzer Landfriedensbruchprozeß sehr wohl eine wichtige Rolle gespielt habe; gerade seine Aussage habe auf die Geschworenen die psychologische Wirkung gehabt, daß sie dem Gewerkschaftssekretär Fröhlich die Anreizung zu Gewalttätigkeiten zutrauten. Das Gericht, dem die Geschichte offensichtlich höchst peinlich geworden war, kam zu einer Verurteilung des Genossen Beyer zu 20 Mark Geldstrafe. Es mußte zubilligen, daß der Angeklagte lediglich Tatsachen gegen Hauptmann vorgebracht und auch in Wahrung berechtigter Interessen gehan-

delt habe. Die Ueberschrift: „Der beleidigte Hauptmann" lasse aber die Absicht der Beleidigung erkennen!! Gegen das Urteil wird Revision eingelegt werden.

Die bestrafte Satire. Eine Privatklage des Abgeordneten Oberlehrer Dr. Werner-Gießen gegen den Redakteur des „Ulk", Fritz Engel, beschäftigte das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Dr. Werner hat im Reichstage Angriffe auf „Ulk" und „Tageblatt" gerichtet und darin behauptet, daß beide Blätter christenfeindliche Tendenzen vertreten und das vaterländische Empfinden in den Staub ziehen. Der „Ulk" brachte darauf ein auf Dr. Werner bezügliches Spottgedicht und ein ihn verspottendes Bild mit Unterschrift. Dr. Werner lief darauf wegen dieser Abwehr seiner unter dem Schutz der Immunität erhobenen Behauptungen zum Richter und strengte Beleidigungsklage an. Nach längerer Verhandlung erklärte das Schöffengericht den Angeklagten der Beleidigung schuldig und verurteilte ihn zu 500 Mk. Geldstrafe event. 100 Tage Gefängnis. Das Gericht berücksichtigte, daß der Angeklagte an sich berechtigt gewesen sei, die Angriffe der Gegenseite abzuwehren, daß auch die Satire nicht unterbunden werden solle, daß aber der Angeklagte den zulässigen Rahmen überschritten und nicht bloß die Absicht gehabt habe, seinen Gegner politisch zu bekämpfen, sondern ihm auch persönlich eins auszuwischen und an der Ehre zu verletzen.

Freispruch einer „besseren" Mörderin. In Düsseldorf ist vor den Geschworenen mehrere Tage lang ein Prozeß gegen Brünhilde Wilden, eine Dame aus der „besseren" Gesellschaft, verhandelt worden. Sie war mit dem Zahnarzt Dr. Nolten verlobt, was die Dame aber nicht daran hinderte, mit dem Assessor Nettelbeck und noch mehreren andern Staatsstützen intime Verhältnisse zu unterhalten. Eines schönen Tages knallte sie den Assessor nieder; die Anklageschrift behauptet, sie habe ihren Geliebten mit Absicht erschossen, wogegen Brünhilde meint, sie selbst habe sich töten wollen und nur durch einen unglücklichen Zufall sei die todbringende Kugel in den Leib Nettelbecks gedrungen. Aus den Verhandlungen, die ein ekelerregendes Bild von der sittlichen Fäulnis in der bürgerlichen Gesellschaft ergaben, sei ein Vorgang festgehalten. Der Amtsrichter Koch, ein Freund des der Beihilfe beschuldigten Dr. Nolten, wird als Zeuge vernommen; er berichtet über eine Unterhaltung mit seinem Freund, der von der Unschuld seiner Braut angeblich überzeugt war. Dr Nolten habe an eine Freisprechung geglaubt, aber doch noch hinzugefügt: „und wenn sie wirklich verurteilt wird, so bekommt sie nur ein paar Monate, vielleicht drei, und dann reicht man ein Gnadengesuch ein, so daß die Strafe in Festungshaft oder gar nur eine Geldstrafe umgewandelt wird. Das ist alles nicht so schlimmm." Dr. Nolten hat, wahrscheinlich über alles eigene Erwarten, recht behalten: die Geschworenen erkannten auf nichtschuldig, worauf das Gericht den Freispruch verkündete.

Wegen der Nichtbeteiligung an einer Reichstagswählerversammlung kamen in Kalzig bei Schwerin zwei landwirtschaftliche Arbeiter in Streit, während dessen Verlauf der polnische Arbeiter Stamczynski den Arbeiter Urban mit einer Mistgabel erschlug. Das Schwurgericht verurteilte den Totschläger wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolg zu drei Jahren Gefängnis.

Eine Entrechtung der Wähler — durch einen Sozialdemokraten. Diese für weite Kreise sehr unwahrscheinlich klingende „Feststellung" hat dieser Tage die Strafkammer in Naumburg gemacht, vor der sich der Lagerhalter Hentzschler aus Zeitz wegen angeblicher Urkundenfälschung zu verantworten hatte. Unser Genosse hatte im Auftrage des Zeitzer Gewerkschaftskartells die Vorschlagsliste für die Vertreterwahlen der Ortskrankenkasse des Landkreises aufzustellen, die 6 Vertreter und 12 Ersatzmänner haben mußte. In einer zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung wurde auch der bisherige Vertreter Ziegler Glanz für die dritte Stelle vorgeschlagen. Da er nicht anwesend war, wurde die betreffende Stelle in der Liste freigelassen und von G. später der Name eingefügt. In der betreffenden Versammlung war erklärt worden, daß die Liste möglicherweise vom Kartell noch geändert werden könne, was bezüglich Glanz auch eintrat. Genosse Hentzschler überklebte dann die alte Liste und schrieb den Namen des G. an siebzehnter Stelle. Damit hatte er sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Urkundenfälschung schuldig gemacht, die mit der Mindeststrafe von einem Tage Gefängnis zu sühnen sei. Die Strafkammer erkannte aber eine Woche Gefängnis, weil es in dem Gebaren des Angeklagten eine Entrechtung der Wähler erblickte. Diese angebliche „Entrechtung" wird ein wenig verständlicher, wenn man erfährt, daß der durch Mehrheitsbeschluß an eine andere Stelle gesetzte Vertreter ein Hirsch-Dunckerscher Gewerkvereinler, der Angeklagte aber ein freier Gewerkschaftler war.

Aus Nah und Fern.

Folgenschwerer Deckeneinsturz. Im Neubau des Luisenstädtischen Gymnasiums in der Ystaderstraße in Berlin stürzte Dienstag nachmittag die Decke ein und begrub eine Anzahl Arbeiter unter Stein- und Mörtelmassen. Die Feuerwehr hatte bis gegen 3 Uhr nachmittags fünf Schwerverletzte geborgen.

Fleischvergiftungen. Nach dem Genuß von verdorbenem Schinken sind im Westen Berlins 31 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Es handelt sich, wie jetzt feststeht, fast durchweg nur um leichte Fälle. Ins Krankenhaus brauchte nur das Dienstmädchen Böhlke gebracht zu werden, doch liegt auch in diesem Falle keine Lebensgefahr vor. Fast alle Erkrankten wohnen in der Sieglitzer Straße. Sie hatten den Schinken am 18. und 19. Juni in einem Fleischwarengeschäft gekauft. Daß die Vergiftungen nur auf den Schinkengenuß zurückzuführen sind, geht daraus hervor, daß von den einzelnen Familien nur die Mitglieder erkrankt sind, die von dem Schinken gegessen haben.

Der Weltrekord. Der Flieger Basser hat Donnerstag mit seinem Rumpler-Doppeldecker den Dauer-Weltrekord ohne Fluggast, der bisher von dem Franzosen Poulet mit 16 Stunden 28 Minuten 56 Sekunden gehalten wurde, geschlagen. Er erhält dafür den Preis der Nationalflugspende von 10 000 Mark. Der Flieger stieg nachmittags 3 Uhr 50 Minuten in Johannisthal auf und landete heute vormittag 10 Uhr glatt, so daß er den französischen Rekord um mehr als 1½ Stunden überbot. Er ist volle 18 Stunden in der Luft geblieben.

Braunschweiger Spargelschlachten. Daß die braunschweigische Polizei zu Fuß und zu Pferde mit Heranziehung des Nachtwächterkorps und der Polizeihunde den Braunschweigischen Wahlrechtskämpfern schon manche Schlacht geschlagen und von Säbel und Gummiknüppel ausgiebigen Gebrauch gemacht hat, ist eine bekannte Tatsache. Noch jetzt sucht die Staatsanwaltschaft nach dem Führer der Demonstration vom 1. Februar, bei der im Drange des Gefechts ein Nachtwächter den Helm verlor. Sogar das Kassenbuch des Sozialdemokratischen Vereins ist kürzlich zur Ermittelung des Rädelsführers gerichtlich eingezogen worden. Die Polizei hat jetzt ein anderes Feld ihrer Tätigkeit gefunden. Der Braunschweigische Luftfahrtsverein will einen Luftschiffhafen bauen und hat dafür mit städtischen Geldmitteln, die ihm reichlich bewilligt wurden, eine über 50 Morgen große Feldfläche angekauft, auf der, wie überall in Braunschweigs nächster Umgebung, Spargel gezogen worden war. Diese Fläche wurde im vorigen Jahre umgerodet, um das Spargelfeld für die Zwecke des Luftschiffhafens in eine exerzierplatzähnliche Wüstenei zu verwandeln. Aber die Spargeln sind nicht leicht wegzukriegen. So strecken sie denn trotz der Rodung im vorigen Jahre in diesem Jahre die Köpfchen wieder lustig aus der Wüstenei, die ihnen die Lebenslust verleiden sollte. Da nun in Braunschweig Spargel Geld ist, fanden sich frühmorgens zahlreiche Spargelstecher auf der Wüstenei ein, um den vom Luftschiffahrtverein aufgegebenen, also herrenlosen Spargel zu ernten. Das erregte den Neid der besitzenden Klassen. Ein Spießbürger stellte in der „Braunschweigischen Landeszeitung" den wilden Spargelstich als einen Unfug hin, der leicht zu einem Sturze des Spargelpreises führen könnte. Daraufhin ließ nun nicht etwa der Besitzer der Wüstenei, der Luftschiffahrtsverein, den Spargel selbst stechen, er verpachtete auch nicht den Stich, sondern er ließ das Feld weiter wüste liegen. Er hatte es ja angekauft, um für die Luftschiffahrt eine künstliche Wüste zu schaffen. Der Besitzer des Feldes kümmerte sich also auch fernerhin nicht darum. Dafür aber erschien jetzt die Polizei auf dem Platze. Zuerst erhielt jeder erwischte Spargelstecher ein Strafmandat von 1 M 50 ₰. Da sich aber der Spargel trotz dieser Steuer noch gut bezahlt machte, ließen sich die Spargelstecher nicht abschrecken, weshalb das Strafmandat auf 15 M erhöht wurde. Auch jetzt noch wurde lustig weiter gestochen. Da eröffnete die Polizei den Feldzug mit bewaffneter Hand. Frühmorgens täglich erscheinen Polizisten zu Fuß, berittene Polizisten, uniformierte und bewaffnete Nachtwächtertrupps mit den Polizeihunden und einige Kriminalpolizisten auf dem Gelände der Luftschiffahrtsgesellschaft und veranstalteten eine regelrechte Hetzjagd auf die Spargelstecher, die sie wie das Wild einzukreisen und zusammenzutreiben versuchen. Die Spargel werden den Spargelstechern abgenommen und an Ort und Stelle unter den Hufen der Pferde vernichtet. Es ist ein ganz ansehnlicher Wert, der so von der Polizei zwecklos und nutzlos aus der Welt geschafft wird. Sehr oft hat sie freilich auch das Nachsehen, da die kundigsten Spargelstecher früher auf den Beinen sind, als die Polizei. Dieses Beispiel zeigt wieder einmal treffend unsere Staats- und Gesellschaftsordnung. Der Luftschiffahrtsverein will die Spargeln garnicht, sie kommen gegen seinen Willen wild heraus. Da die hochschießenden Spargeln zu förmlichen Sträuchern aufwachsen, der Verein aber doch eine glatte Fläche haben will, kann ihm der Stich der wilden Spargeln nur angenehm sein. Die Spargelstecher schädigen also den Besitzer des Feldes durchaus nicht; sie ernten nur eine Gottesgabe, die einmal ausnahmsweise den Besitzlosen umsonst zuwächst. Und sofort stellt sich die Polizei bewaffnet ein, verfolgt die Ernter der wildwachsenden Gottesgabe wie die Wilddiebe, nimmt ihnen den Spargel ab, vernichtet ihn und verschafft den Leuten, die sich um ihre Ernte bemühten, noch gehörige Geldstrafen. Und das alles, damit ja nicht der wildgeerntete Spargel den Marktpreis für Spargel etwas herunterdrücken und den Profit der großen Spargelzüchter etwas schmälern könnte. Welch eifrige Diener hat doch das Kapital in der Staatsgewalt!

Hauptmann, Pfadfinderführer und Homosexueller. Der Hauptmann K. Braun, Führer der Chemnitzer Pfadfinder, wurde auf die Anzeige seines Burschen hin verhaftet und ins Militärgerichtsgefängnis überführt. Es handelt sich um Vergehen gegen § 175 des Reichsstrafgesetzbuches. Der als — sagen wir schneidig — geschilderte Offizier stammte vom 105. Regiment und war bis zu seiner Versetzung nach Chemnitz Führer seiner Maschinengewehrkompagnie in Straßburg, lange Zeit auch Erzieher im Kadettenhaus zu Dresden. In Chemnitz war er bekannt als Führer der nationalen Jugendbewegung. Inzwischen ist der Hauptmann ins Garnisonlazarett Dresden zur Beobachtung seines Geisteszustandes überführt worden.

Ein toller Denkmalsulk. Ein Denkmalsunfug, der viel ärger ist, als die Tat der schwerbestraften Pinseler von Charlottenburg, hat sich am 17. Juni an den Ufern des Rheinstroms im Angesichte des herrlichen Siebengebirges zugetragen: Amtspersonen, Spießer und interessierte Hoteliers haben „unter dem Protektorate" von Carmen Sylva dem Dichter der Revolution, unserm Ferdinand Freiligrath, mit einem Kostenaufwande von 33 000 Mk. eine Bronzebüste gesetzt. Rudolf Herzog hielt die Festrede, und nach dem Zeugnis der klerikalen „Kölnischen Volkszeitung" hat er ein Lebensbild des Dichters entworfen, das „keine Phase seines wechselvollen Lebens übersah"; „trotz allem" sei Freiligrath ein deutscher Dichter geblieben. Schade, daß der Gefeierte das nicht mehr erleben dürfte. Vielleicht hätte es ihn ein wenig darüber getröstet, daß er so viele Jahre seines Lebens außerhalb der Grenzen seines Vaterlandes, in Belgien, in Holland, der Schweiz und in England, hat zubringen müssen, weil zu befürchten war, daß die preußischen Machthaber und ihre Schergen den Dichter der Freiheit auf Jahre in den Kerker werfen würden. Man hat ihn des Hochverrats angeklagt, ihn steckbrieflich verfolgt, und auch in dem Kölner Kommunistenprozeß figurierte er als Angeklagter. Jetzt aber ist er wieder „ein deutscher Dichter", und sein Denkmal wurde in Gegenwart eines preußischen Landrats und anderer „Spitzen der Behörden" enthüllt. Es ist ein toller Ulk gewesen, den man da in Rolandseck am Rhein mit dem Manne getrieben hat, der sich selber als den Dichter der Revolution bezeichnete, der mit den Rebellen Marx, Engels, Lassalle und Wilhelm Wolff Duzbrüderschaft hielt, der ein Redakteur an der von der Regierung gewaltsam unterdrückten „Neuen Rheinischen Zeitung" war und ihr das trotzige, wuchtige Abschiedsgedicht schrieb, der der unvergeßliche Schöpfer der „Toten an die Lebenden" ist, derentwegen er angeklagt war, „die Bürger aufgereizt zu haben, sich gegen die landesherrliche Macht zu bewaffnen, auch die bestehende Verfassung umzustürzen", kurz, der unbestrittene und unübertroffene Führer ist in dem Rebellenkorps der revolutionären Lyriker. Und nun gehen preußische Patrioten, lauter staatserhaltende Männer, hin und enthüllen diesem Menschen „unter freundlicher Mitwirkung" der benachbarten römisch-katholischen Klosterschule Nonnenwerth ein Denkmal, lassen von einer Klosterschülerin einen von einer Franziskanerin verfaßten Prolog vortragen, lassen den Chor der Klosterschülerinnen singen und senden nachher ein Huldigungstelegramm an Wilhelm II. ab! Zu toll und unglaublich; aber so steht es zu lesen in der Nummer 547 der „Kölnischen Volkszeitung" vom 18. Juni 1914. Jene Armen kennen unseren Freiligrath nur aus dem Schullesebuch und aus gewissen Anthologien in Goldschnitt; aber es handelt sich doch um den nämlichen Ferdinand Freiligrath, dessen Verse Jahr für Jahr am 18. März der Schere der Berliner Polizeileutnants zum Opfer fallen, wenn diese auf dem Friedhof der Märzkämpfer von 1848 die Kranzschleifen verstümmeln.

Aus der besten der Welten. Dienstag abend sprangen zwei junge Mädchen aus Nahrungssorgen von der Berliner Schloßbrücke in die Spree, sie wurden aber von Schiffern gerettet. Nachdem sie auf der Rettungswache wieder zum Leben zurückgerufen worden waren, wurden sie in das Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt, wo sie infolge der wochenlangen Entbehrungen bedenklich darniederliegen.

Eine Bauernrebellion. In dem rein katholischen Dorf Blatzheim, Kreis Bergheim herrscht schon seit einigen Wochen infolge von Kirchenstreitigkeiten, die durch die Absetzung eines Pfarrers veranlaßt wurden, der Belagerungszustand. Es kam zu heftigen Kundgebungen gegen Mitglieder des Kirchenvorstandes, sogar zu Brandstiftungen, Einwerfen von Fenstern usw., bis schließlich ein größeres Gendarmerieaufgebot dauernd ins Dorf verlegt wurde, um die erregte Bevölkerung in Schach zu halten. Dennoch kam es, als der Kölner Weihbischof Müller zur Firmung nach B. kam, zu lebhaften Skandalszenen. Man begrüßte ihn mit Pfeifen und Johlen, und beugte sich nicht zum üblichen Segensempfang und nur 23 Personen folgten ihm in die Kirche, in der von 500 Firmlingen nur etwa 30 erschienen waren. — In der Nacht vom Sonntag zum Montag haben sich recht bedenkliche Vorfälle ereignet. Aus dem Hinterhalt wurde auf einen Gendarmen und einen Polizeisergeanten scharf geschossen. Während der Gendarm unverletzt blieb, wurde der Sergeant in die Brust geschossen und schwer verletzt. Die angestellten Ermittelungen nach dem Täter blieben erfolglos. Die klerikale Presse schweigt sich seltsamerweise über alle diese Vorkommnisse vollständig aus.

Strandung des belgischen Passagierdampfers „Gothland". Der Red-Star-Dampfer „Gothland" lief im Nebel an der Küste von Kormwell (England) auf Klippen und gilt als verloren. Auf seine Notsignale eilten die Dampfer „Ascanius" und „Montezuma" und der Postdampfer „Lionneß" mit zwei Rettungsbooten im Schlepptau zu Hilfe. Es herrschte dichter Nebel. Um 9½ Uhr lichtete sich der Nebel und die „Lionneß" sichtete die „Gothland", die auf den Klippen festsaß, mit einer starken Neigung nach der Steuerbordseite und anscheinend mit Wasser gefüllt. Die „Gothland" hatte selber versucht, zwei Rettungsboote auszusetzen, die jedoch kenterten. Vierzig Personen fielen dabei ins Wasser, konnten aber gerettet werden. Die „Lionneß" ist mit 281 Passagieren und Mannschaften der „Gothland" am frühen Morgen in St. Mary eingetroffen. Vierzig Mann der Besatzung sind auf der „Gothland" zurückgeblieben.

Der Orkan auf dem Bodensee. Der Orkan auf dem Bodensee, über den wir bereits berichteten, stellt sich als ein viel größeres Unglück heraus, als anfangs angenommen wurde. Etwa dreißig Fischer werden vermißt, zehn Leichen sind geborgen.

Unwetter. In der Nacht zum Mittwoch wüteten in fünf Staaten der nordamerikanischen Union heftige Stürme. In Watertown und Süddakota hatte der Sturm den Charakter eines Tornados. Viele Häuser wurden zerstört, 22 Personen verletzt. — Weiteren Meldungen zufolge sind bei dem Orkan in und bei Minneapolis sechs Personen umgekommen. In Watertown wird der Schaden auf eine Million Dollar geschätzt. Die Telegraphenleitungen der vom Sturm berührten Gegenden sind fast vollständig zerstört.

Ein folgenschweres Bauunglück. Beim Bau der Untergrundbahn in Brooklyn hatten an einer im Ausschachten begriffenen Stelle Arbeiter eine Holzdecke errichtet, auf der die Lastwagen abfuhren. Infolge der starken Belastung stürzte die Decke ein und riß einen großen Kran mit in die Tiefe, wo 50 Arbeiter beschäftigt waren. Diese wurden zum Teil zerschmettert, teils durch abstürzenden Sand und durch Steine getötet oder schwer verletzt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gesucht eine Haushälterin in einfachem Hausstand mit 2 Kindern. Ang. u. K H an die Exped. (5038

Kochlehrling gesucht.
Brauerei Fackenburg
Fernruf 1462. 5022

Ein Logis zu vermieten.
5018) Unterstraße 26 B.

Freundl. möbl. Zimmer
zum 1. Juli zu verm. Monat 20 Mk.
5046) Salemstraße 22.

Frdl. möbl. Vorderzimmer
an 1 oder 2 junge Leute zu verm.
5021) Sadowastraße 25, II.

Gesucht von einem Handwerker leeres Parterrezimmer oder kleine 2-Zimmer-Wohn. in Nähe von St.-Petri. Ang. u. N U an die Exp. (5025

Kangl. Pfarrer sucht z. 1. Okt. eine Drei-Zimmer-Wohnung od. große 2-Zimmer-Wohn., Burgtor-Markt. Ang. u. S L 8 an die Exp. d. Bl.

Ein gutes verzinsb. Haus in der Stadt billig zu verkaufen. Näheres in der Expedition dieses Bl. (4783

Großer Ziegenstall
in gutem Zustande, billig zu verkaufen. Hansastraße 115a, part. 5030

Eine einschläf. Bettstelle
umzugshalber billig zu verkaufen. Blumenstr. 9, L beim Bahnhof. 5038

Gef. 500 M 2. Geld z. 1. Juli. Ang. u. A A 100 an die Exp. (5037

Getragene Kleidungsstücke
für ein 16jähriges Mädchen zu verkaufen. (5029) Brockesstraße 45, II.

Einfache eiserne und eine Holzbettstelle mit Seegrasmatratze billig zu verkaufen.
5042) Schwartauer Allee 123, part.

J. Ramm, Schlutup
Manufaktur- und Kurzwaren.
Arbeiter-Garderoben.
Schuhwaren-Lager.
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel
in reichster Auswahl. (171
Reparatur-Werkstatt.

Kaninchenraufen 5082
empfiehlt
Emil Colberg, Kottwitzstraße 19.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstr. 46.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
172) Preise. U. a.:
Lederhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . 1.88—5.25
Überziehhosen . . 1.08—2.35
Zwirn-Hosen . . 1.68—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Rote Luberam.